



Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats und des Gemeinderates, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, liebe Feuerwehrleute, geschätzte Vertreter der Medien und liebe Gäste, hiermit eröffne ich die sechste Stadtratssitzung in diesem Jahr. Ich hoffe, dass wir heute etwas schneller vorwärtskommen als bei der letzten Sitzung. So bitte ich die Stadtratssekretärin Simone Burkhard Schneider direkt um den Appell:

- 37 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend¹.
 - 1 Mitglied des Stadtrates ist für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 6 Mitglieder des Gemeinderates und Janine Jauner, die Leiterin des zentralen Rechtsdienstes, sind anwesend.
 - 1 Mitglied des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank. So stelle ich zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest. Der Versand der Traktandenliste und die Aktenaufgabe erfolgten vorschriftsgemäss und die Traktandenliste und die Akten sind auf der Webseite der Stadt Langenthal aufgeschaltet. So wie wir heute anfangen, ist es ein bisschen speziell, da wir eigentlich zuerst etwas zu Ende führen, bevor wir überhaupt beginnen: Und zwar werden wir heute zu Beginn noch die beiden letzten Traktanden der Stadtratssitzung vom 29. August 2022 behandeln, für die es ja nicht mehr reichte, nachdem wir dem Ordnungsantrag von Franziska Zaugg-Streuli folgten und die Sitzung kurz vor 23.00 Uhr abbrachen. Dabei geht es einerseits um Traktandum Nr. 13 mit dem Beschlussantrag von verschiedenen Stadtratsmitgliedern im Zusammenhang mit einem vorgängigen parlamentarischen Überweisungsbeschluss für Motionen und Postulate und es betrifft Traktandum Nr. 14 mit einer Interpellation im Zusammenhang zu Grundlagendaten des Agglomerationsprogramms der dritten Generation und einer laufenden Veröffentlichung des Buslinienkonzepts. Danach gehen wir dann hinter die Traktandenliste der heutigen Sitzung. Gibt es noch irgendwelche Bemerkungen zur Traktandenliste?

¹ Zwei Stadtratsmitglieder und ein Gemeinderatsmitglied treffen mit Verspätung ein. Ab 19.20 Uhr sind 39 Stadtratsmitglieder anwesend.



Beschlussantrag Kummer Robert (FDP), Barben Stefanie (FDP), Clavadetscher Diego (FDP), Fluri Patrick (SVP), Freudiger Patrick (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP), Häfliger Dyami (glp), Lerch Martin (SVP), Sigrist Michael (EVP) und eine Mitunterzeichnende vom 21. Februar 2022: Einführung eines vorgängigen parlamentarischen Überweisungsbeschlusses für Motionen und Postulate: Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): So kommen wir nun zu Traktandum Nr. 13. Da geht es um etwas, wozu sich das Stadtratsbüro selber dazu äussern wird. Deshalb ist es so, dass ich nun auch zu diesem Traktandum den Vorsitz und die Leitung dem Vizestadtratspräsidenten Michael Schenk übergebe, sodass er sogleich durch dieses Traktandum führt.

Vizestadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Guten Abend beisammen. Es geht um das Traktandum Nr. 13 betreffend die Stellungnahme zur Einführung eines vorgängigen parlamentarischen Überweisungsbeschlusses für Motionen und Postulate. Das Eintreten dazu ist zwingend und wir fahren direkt mit der Beratung fort.

II Beratung:

Vizestadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Die Berichterstattung durch das Büro des Stadtrats übernimmt dabei die Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Dieser Beschlussantrag beinhaltet die Forderung nach einer Zusatzschleife bei Vorstössen. Man würde also einen Vorstoss einreichen und dann käme es zu einem Überweisungsbeschluss. Anschliessend würde der Bericht und Antrag des Gemeinderates erfolgen, sodass im Stadtrat über die Erheblich- oder Nichterheblicherklärung abgestimmt werden könnte. Die Idee des Ganzen ist, dass namentlich in der Verwaltung und beim Gemeinderat weniger Aufwand entsteht. Im Büro des Stadtrates haben wir grosses Verständnis für dieses Anliegen. Und das Thema "Vorstösse" ist nicht neu und dabei erinnere ich mich auch daran, dass man auf Bundesebene bereits seit Mitte der 90er-Jahre Überlegungen anstellt, ob und wie der Aufwand für Vorstösse auf Bundesebene gesenkt werden kann. Ich weiss, dass vor der soeben in Bern stattfindenden Herbstsession rund 200 Vorstösse vom Bundesrat zu behandeln waren.

Es gab dabei die Idee, ob man Kontingente vergeben könnte, sei es pro Mitglied, pro Fraktion oder auch pro Kanton oder sonstwie. Man überlegte sich, ob man anhand von Proforma-Rechnungen eine Kostentransparenz herstellen könnte, damit allen Beteiligten klar wird, welche Kosten sie verursachen. Und ich weiss es nun mittlerweile, dass sie es nämlich nicht wissen. Oder man dachte über die Einführung einer «Freeze-Periode» nach, das heisst, dass es wieder erst nach Ablauf einer bestimmten Zeit möglich wäre ein gleiches Anliegen erneut einbringen zu können, wenn es schon einmal abgelehnt wurde, sodass man einen solchen Vorstoss nicht sogleich wieder nach einem oder zwei Monaten einbringen kann, sondern vielleicht erst wieder nach einem Jahr.

Sie sehen also, dass das Büro das Anliegen diskutierte. Und wir kommen dabei zum Schluss, dass wir diesen Beschlussantrag ablehnen wollen. Ich komme zu unseren Überlegungen und unseren Gründen, auch wenn Sie ja die Unterlagen lesen konnten, sodass ich nun dennoch gewisse Dinge mündlich vortrage. Wir wissen, dass Vorstösse einem wichtigen und grundlegenden Recht im Parlament entsprechen. Dadurch können Impulse gesetzt und neue Ideen vorgebracht werden. Man kann aber auch etwas, das falsch läuft, zu korrigieren versuchen und etwas, das in eine völlig falsche Richtung geht, eben versuchen wieder in eine andere Richtung zu lenken. Wir denken aber, dass eine Zusatzschleife keinen Vorteil mit sich bringt, um dieses Ziel zu erreichen. Vielmehr glauben wir, dass diese Zusatzschleife eher zu einer Zeitverzögerung führt, womit wir auch nicht viel gewonnen haben. Es ist auch so, dass dann bei der Diskussion zur Überweisung noch keine Entscheidungsgrundlagen vorliegen und sich die Frage stellen würde, auf was man sich dann abstützt. So müsste dann ein solcher Vorstoss ziemlich gut formuliert und begründet sein, damit man weiss, worum es geht. Aber man weiss dann immer noch nicht, welche Konsequenzen daraus entstehen könnten. Es könnte auch dazu führen, dass politische Mehrheiten wie bereits heute noch mehr



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 19. September 2022

die Agenda bestimmen, indem man nämlich einfach einen Vorstoss aus einer ungeliebten Ecke, die über keine Mehrheit verfügt, entsprechend abwürgen könnte. Und wir glauben, dass sich dies hinsichtlich der Atmosphäre und der Zusammenarbeit in einem Stadtrat nicht gerade förderlich auswirkt. Und schliesslich fragten wir auch beim Verband der bernischen Gemeinden nach, wonach aber kein vergleichbares Beispiel bekannt ist; es gibt nirgends ein solches System, wie das hier nun gefordert wird. Langenthal würde damit also in ein Experiment steigen und wir empfinden nach unserem Dafürhalten auch keinen derartigen Leidensdruck, dass wir das Gefühl haben dieses Experiment nun wagen zu wollen um dann zu schauen, was dabei herauskommt und zu sehen, ob es nun eine gute Idee war oder eben nicht.

Sie sahen, dass sich auch der Gemeinderat mit diesem Vorstoss befasste und sich ebenso wenig für dieses Anliegen begeistern konnte. Er wies dabei noch auf das Problem hin, dass der Beschluss zur Überweisung allenfalls gleichzeitig mit der Einreichung eines Vorstosses gefasst werden müsste. Das wäre ein Problem heute und nicht möglich, was man dann halt lösen müsste und wohl auch lösen könnte. Dies ist einfach nur als Information am Rande zu verstehen. Wie erwähnt scheint uns das Ziel dieses Vorstosses klar und nachvollziehbar, geht es doch um die Entlastung von allen Beteiligten und um die Reduktion des Aufwands bei Vorstössen.

Aber das Büro ist sich eben darin einig, dass dieses Ziel wirklich auch mit anderen Mitteln erreicht werden kann. Erstens können Gemeinderat und Verwaltung eine Praxisänderung vornehmen, indem zuerst kurz und knackig auf solch einen Vorstoss zu antworten ist, um sich erst anschliessend ganz detailliert hinter die Arbeit zu machen, wenn dann der Vorstoss auch überwiesen wurde. Wenn Sie sich jetzt die heute traktandierten Vorstösse vor Augen führen, so wurden diese ebenso relativ kurz und knackig beantwortet. Wir denken deshalb, dass dies ein Weg sein könnte, zumal der Gemeinderat diese Praxisänderung bereits ein wenig in die Wege leitete, sodass wir gut so weiterfahren können und schauen, ob sich dies bewährt. Es ist aber auch so, dass wir vierzig Mitglieder des Stadtrates gefordert sind, sinkt doch der Aufwand für Vorstösse auch dann, wenn die Anzahl der Vorstösse sinkt. Und hier möchte ich einen kleinen Appell an die Selbstdisziplin von uns allen richten: Man kann nämlich im Vorfeld entsprechende Abklärungen bei der Verwaltung treffen oder eine Anfrage starten, wenn man über etwas Bescheid wissen möchte. Dazu braucht es keinen Vorstoss. Man kann auch bei sich selber eine Zusatzschleife im Sinne einer Qualitätssicherung einbauen, indem man sich fragt, ob es diesen Vorstoss überhaupt braucht und ob die Materie wirklich vorstosswürdig ist? Mir ist schon klar, dass die entsprechende Beherzigung dieser beiden Punkte natürlich nicht so sexy publikumswirksam ist, wie vielleicht das Einreichen eines Vorstosses, aber es ist auch lösungsorientiert. Und letztlich geht es hier im Stadtrat ja auch darum, Lösungen zu finden und nicht während vier Jahren Wahlkampf zu betreiben. Machen wir doch einmal unsere Erfahrungen mit der neuen Praxis im Gemeinderat. Und wenn dann der Schuh weiterhin drückt, so kann man dann immer noch eine Lösung suchen. Die Lösung hier und heute ist aber sicherlich nicht ein Überweisungsbeschluss. Das Büro empfiehlt Ihnen diesen Beschlussantrag abzulehnen. Merci vielmals.

Vizestadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Besten Dank. Die Berichterstattung der GPK erfolgt nun durch Paul Bayard.

Sprecher der GPK, Paul Bayard (SP): Die GPK setzte sich mit diesem Beschlussantrag zur Einführung eines Überweisungsbeschlusses für Motionen und Postulate ebenso auseinander. In der Beratung kam es dabei zu einigen Bemerkungen. Ein Mitglied meinte, dass hier die Umsetzung zu keinem Demokratieproblem führt, da es dabei ja allein um die Kosteneinsparung bei der Verwaltung geht. Ein anderes Mitglied wünschte sich, dass die Vorstösse im Stadtrat besser ausformuliert werden sollten, damit die eigentliche Forderung einer Motion oder eines Postulats besser zum Ausdruck kommt. Jemand vertrat die Meinung, dass dabei keine Einschränkung der parlamentarischen Rechte erkennbar ist, da bei Annahme des Vorstosses einfach früher, aber weiterhin demokratisch darüber entschieden wird. Nebst diesen unterschiedlich ausgefallenen Feststellungen waren wir uns schlussendlich aber darin einig, dass die GPK die formelle Richtigkeit dieses Geschäfts bestätigt und die Beratung dieses Geschäfts empfiehlt. Merci.

Vizestadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Nun hätte ein Sprecher des Beschlussantrags das



Wort. Wem darf ich dazu das Wort erteilen?

Sprecher des Beschlussantrages, Dyami Häfliger (glp): Ich danke sowohl dem Büro des Stadtrates für diese Stellungnahme, wie auch dem Gemeinderat für seine Einschätzung zu dieser Vorlage. Wir als Motionäre begrüssen es grundsätzlich, dass Sie die Gedanken dieses Vorstosses auch grundsätzlich befürworten und im eigentlichen Sinn für umsetzungswürdig halten. Auch nach diesen Stellungnahmen sind die Motionäre aber nach wie vor der Überzeugung, dass unsere Vorlage richtig ist und auch eine gute Lösung darstellt.

Gerne möchte ich noch einmal kurz erläutern, was die Vorlage beabsichtigt. Damit möchten wir unnötige Arbeitsstunden in der Verwaltung für Vorstösse vermeiden, die am Ende so oder so nicht mehrheitsfähig sind. Wichtig ist zu sagen, dass die Interpellationen von dieser Vorlage nicht davon betroffen sind. Wir wollen, dass die Motionen und Postulate gut überlegt und ordentlich formuliert werden. Wir wollen auch, dass sich die Motionäre bereits vor Einreichung der Motion gut überlegen, was für ein Ziel sie mit den Anliegen bezwecken und was sie umsetzen möchten. Dabei haben sie bereits die Chance um eine Mehrheit zu werben. Wie wir anhand der Stellungnahme des Büros sahen, gibt es unterschiedliche Lösungswege, wie diese Vorlage schlussendlich umgesetzt werden kann. Dazu zeigte sich das Büro ja auch entsprechend offen und auch wir können bestätigen, dass wir bezüglich Umsetzung offen sind. Wir beschrieben in diesem Vorstoss ja weder den Umfang der Stimmen, wie ein solcher Überweisungsbeschluss zu beschliessen ist, sodass nicht festgelegt ist, in welchem Verhältnis der Mehrheit der Anwesenden ein Beschluss zu erfolgen hat, was dann eben bei der Ausarbeitung genauer definiert werden könnte. Werte Präsidentin, wir sehen in dieser Vorlage keine Zusatzschleife. In Betrachtung des gesamten Prozesses sehen wir eben den Vorteil, Kosten und Zeit einsparen zu können, dadurch, dass die Motionen gut formuliert und bereits dann mehrheitsfähig sind.

Ich möchte nun gerne noch speziell auf einzelne Punkte der Stellungnahme eingehen, insbesondere zur Zulassungsbeschränkung und auch zur Aussage, dass damit die parlamentarischen Rechte der einzelnen Ratsmitglieder beschnitten werden sollen. Demgemäss ist es jedem Ratsmitglied nach wie vor offen, so viele Motionen und Postulate einzureichen, wie das Ratsmitglied möchte. Es geht einfach darum, dass diejenigen Vorstösse, die so oder so nicht mehrheitsfähig sind, gar nicht entsprechend behandelt werden. Man kann es in dem Sinn auch als Selbstdisziplinierung der Ratsmitglieder betrachten, damit die jeweiligen Vorlagen auch entsprechend begründet werden und man mit allen Ratsmitgliedern im Gespräch bleibt. Wie erwähnt sind wir betreffend Mehrheitsverhältnis offen, falls unser Vorstoss überwiesen wird und man dabei eine gute Lösung finden könnte. Ob dies dann der richtige Weg ist, wenn der Gemeinderat im Rahmen seiner neuen Praxis jeweils nur kurz und knackig Antwort gibt, so wie es die Stadtratspräsidentin beschrieb, scheint mir doch auch fraglich. Wir erlebten es auch schon, dass dann die einzelnen Ratsmitglieder mit einer zu kurz geratenen oder zu wenig begründeten Antwort nicht zufrieden waren. Ich weiss deshalb nicht, ob mit solch einer Lösung die Situation verbessert werden kann. Ich denke eher nicht. Ich hoffe, dass wir Sie doch noch einmal von dieser Vorlage überzeugen konnten und Sie sie entsprechend überweisen. Falls dies nicht der Fall ist, so würden wir natürlich an die Selbstdisziplin bezüglich des Vorgehens mit zukünftigen Vorlagen appellieren. Besten Dank.

Vizestadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. So würden wir nun den Fraktionssprechern das Wort übergeben.

SP/GL-Fraktion, Gerhard Käser (SP): Die Verwaltung zu entlasten, ja da helfen wir mit und wir helfen sogar beim Sparen mit. Gell Patrick, sonst kommst Du nie zu Deinem Bier, also helfen wir sparen, aber sicherlich nicht mit solch einem Vorstoss. Das ist für uns schon auch ein Rätsel, wie viele Personen diese Motion unterschrieben. Um einen Vorstoss zu behandeln, braucht es Informationen, ansonsten das nicht funktioniert. Welche, und wie ausführlich diese ausfallen, kann man gerne bei einer anderen Gelegenheit diskutieren, ist hier aber definitiv nicht Gegenstand dieser Motion. Wir helfen allerdings auch nicht mit, diese Motion zu biegen, bis irgendetwas Akzeptables rauskommt, denn dann muss sonst neu gestartet werden. Rechtlich ist diese Motion nicht klar und wir sind überzeugt, dass sie gegenüber einer Beschwerde nicht Stand halten wird. Deshalb wird unsere Fraktion diese Motion einstimmig ablehnen.



Ich möchte sogleich noch etwas Persönliches sagen, womit ich das Ganze abkürze. Werte Damen und Herren, diese Motion bildet echt den Tiefpunkt meiner bisherigen politischen Karriere. Etwas Undemokratischeres sah ich selten. Das Einreichen und das Behandeln einer Motion ist für jede Minderheit, ob mit oder ohne Fraktion, die einzige Möglichkeit auf Themen aufmerksam zu machen. Es ist auch die einzige Möglichkeit seinen Wählerinnen und Wählern zu zeigen, dass ihre Anliegen ernstgenommen werden. Eine kleine Mehrheit – und plötzlich ist es nicht mehr ganz klar, ob es nicht doch um eine Zweidrittelmehrheit geht, was dann keine kleine Mehrheit mehr wäre, soll also darüber entscheiden, über welche Themen wir hier im Rat zu diskutieren haben und über welche nicht. Diese Mehrheit entscheidet als auch darüber, ob ein Thema von den Medien aufgenommen wird oder nicht. Wenn die Medien bereits am selben Abend wissen, dass ein Thema nicht weiterverfolgt wird, so wird ein Minderheitsanliegen wohl nie in der Presse erwähnt werden. Das kennen wir doch von anderen Staaten, dass eine kleine Mehrheit oder irgendeine Partei vorgibt, über welche Themen man diskutiert und über welche nicht. Nein, so geht das nicht und so hoffen wir also wirklich auf die Vernunft von Ihnen, dass wir eine Mehrheit dafür zusammen bekommen, diese Motion abzulehnen.

FDP/JII-Fraktion, Stefanie Barben (FDP): Wir von der FDP/JII-Fraktion möchten diesen Vorstoss für erheblich erklären. Uns geht es dabei einfach wirklich ums Sparen, sodass für uns hauptsächlich das Sparen im Vordergrund steht. Dabei wollen wir aber niemandem seine politischen Rechte streitig machen, sondern vielleicht einmal ganz einfach aufzeigen, wie das ablaufen könnte. So könnte man beispielsweise in der ersten Stadtrats-sitzung den Vorstoss einreichen. In der zweiten Stadtratssitzung würde es als Überweisungsbeschluss traktandiert, wozu sich die Motionäre und Postulanten, der Gemeinderat ohne Input aus der Verwaltung, alle Fraktionen sowie die Einzelsprecher und zuletzt noch einmal die Motionäre und Postulanten zu Wort melden könnten. In der dritten Stadtratssitzung wird die Erheblichkeitserklärung traktandiert, falls es dringlich ist. Wenn es sich dann um keinen dringlichen Vorstoss handelt, könnte man es in der vierten Stadtratssitzung behandeln. Es ist also gar nicht so viel anders als vorher. Alle können sich weiterhin zu den eigenen Vorstössen äussern und erklären und es kann dann in den folgenden Stadtratssitzungen behandelt werden. Das entspricht unserem Votum, sodass wir diesem Vorstoss zustimmen und ihn für erheblich erklären. Merci vielmals.

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Zuerst einmal freut es mich, dass doch die meisten Stühle der Zuschauerränge gefüllt sind, auch wenn wir nicht über Budget- und Grundsatzfragen diskutieren. Und das ist doch ein schönes Zeichen einer lebhaften politischen Kultur und steht doch ein bisschen den apokalyptischen Szenarien gegenüber, die mein Vorredner skizzierte. Wir sahen dies in der SVP-Fraktion nicht so dramatisch an, auch wenn wir nicht ganz einheitlicher Meinung sind. Für eine kleine Minderheit in der Fraktion verweise ich auf die Argumente, die vorher von der Stadtratspräsidentin in ihrer Funktion als Vorsteherin des Büros genannt wurden. Die Mehrheit der SVP-Fraktion unterstützt hingegen die Erheblichkeitserklärung dieses Vorstosses. Ich möchte hier jetzt nicht rekapitulieren, was meine Vorrednerin sagte, sondern vielleicht eher ergänzen.

Der Ursprung dieses Vorstosses war ja eine Erscheinung, was eigentlich parteiübergreifend als Problem betrachtet wurde. Man hatte es und man hat es in zunehmendem Masse, dass Vorstösse überwiesen werden, worauf eine ausführliche Antwort der Verwaltung im Sinne des Prüfauftrags, namentlich bei einem Postulat oder bei Richtlinienmotionen, bereits dann erfolgt, wenn über die Erheblichkeitserklärung zu beschliessen ist, netterweise verbunden mit einem Antrag auf Annahme bei gleichzeitiger Abschreibung. Das ist aber eine völlig unnötige Belastung der Ressourcen der Stadtverwaltung, vor allem in Zeiten, wo alles und jeder vom Sparen redet. Das war der Grund, weshalb man diesen Vorstoss entwickelte, sagte man sich doch, dass es nicht sein kann, dass aus selbstverständlich gut gemeinten Erwägungen die Verwaltung Vorstösse eigentlich bereits beantwortet, bevor sie für erheblich erklärt wurden. Wenn man dies zu Ende denkt, ist auch so etwas für eine Demokratie nicht unbedingt förderlich. Man kann es nämlich auch so sehen, dass, wenn man einen Vorstoss eigentlich beerdigen möchte, er bereits präventiv beantwortet wird, damit er anschliessend nicht auch noch überwiesen werden muss. So wird es dann vielleicht für die Urheber



eines Postulats oder einer Richtlinienmotion angesichts eines sehr umfassenden Prüfberichts umso schwieriger, sich dann doch noch für eine Prüfung einzusetzen. Somit ist also diese Praxis, die sich hier einzuschleichen beginnt, durchaus nicht zwingend zum Vorteil der Urheber von Postulaten und Motionen.

Nun warnten verschiedene Stimmen von einer Gefährdung der demokratischen Rechte. Das ist natürlich ernst zu nehmen und es ist auch zuzugeben, dass diese hier geschilderten Probleme, namentlich auch seitens der Stadtratspräsidentin, nicht völlig aus der Luft gegriffen sind. Je nach Umsetzung kann dies Probleme geben. Wir sind aber in der SVP-Fraktion davon überzeugt, dass eine saubere und eine mit den parlamentarischen Rechten zu vereinbarende Umsetzung möglich ist. Allerdings wollen wir hier den Denkprozess angesichts eines bestehenden und anerkannten Problems nicht bereits wieder abzuwürgen. Eine mögliche Umsetzung hörten wir zuvor von Stefanie Barben. Der Nachteil dieser Variante wäre, dass es dann unter Umständen bei der Dringlicherklärung eines parlamentarischen Vorstosses zu Friktionen führt. Eine andere Lösung im Sinne eines Denkanstosses, was noch nicht zu Ende gedacht ist, könnte sein, dass man bei den Fristen zur Einreichung eines parlamentarischen Vorstosses herumschrauben würde. Es ist ja nicht zwingend, dass der parlamentarische Vorstoss am Sitzungstag eingereicht werden muss. Man könnte sich auch überlegen – und dies ist wie gesagt nicht mehr, aber auch nicht weniger als Denkanstoss zu verstehen, die Frist zur Einreichung eines solchen Vorstosses beispielsweise auf zehn oder auch sieben Tage oder wie auch immer vor der Sitzung zu verschieben. So hätte dann der Urheber dieses Vorstosses die Gelegenheit sein Anliegen im Vorfeld der Stadtratssitzung – und ja vielleicht sogar im Vorfeld einer Fraktionssitzung, bei den Fraktionskollegen und allenfalls bei den Kolleginnen und Kollegen anderer Fraktionen, zu bewerben. Damit könnte der Überweisungsbeschluss bereits in einer gewissen Kenntnis des Vorstosses gefasst werden, was dann nicht mehr so wäre, dass man quasi in derselben Sekunde, in der man vom Vorstoss Kenntnis nimmt, sogleich auch entscheiden muss, ob man dem Überweisungsbeschluss zustimmen möchte. Gleichzeitig würde damit auch das Problem der Dringlichkeit gelöst. Wie gesagt ist dies ein reiner Denkanstoss. Aber es zeigt auch ein bisschen, in welcher Situation wir uns im Moment befinden. Wir sind nämlich in der Situation, dass wir die Konsequenzen und Machbarkeit dieses Anliegens noch nicht abschliessend beurteilen können. Wir wissen aber, dass wir eigentlich ein Problem haben, das man lösen sollte. Ich bin allerdings ein bisschen skeptisch, ob all diese Beteuerungen, dass man die Handhabung in der Praxis relativieren und ändern werde, effektiv so eintreffen, wenn ein Vorstoss bereits beantwortet wird, bevor er überwiesen wurde. Deshalb wäre es mir lieber, wenn man nun den Denkprozess noch nicht abwürgt und den Vorstoss entsprechend überweist. Wenn man dann nach erfolgter fundierter Prüfung zum Schluss kommt, dass es tatsächlich keine Möglichkeit gibt, eine saubere Umsetzung ohne Friktion mit parlamentarischen Rechten auszuarbeiten, so könnte man dann den Vorstoss unter diesen gegebenen Umständen ablehnen, wozu dann auch die SVP-Fraktion Hand bieten würde. Bis es aber soweit ist, möchten wir diesem Anliegen eine Chance geben und stimmen deshalb mehrheitlich für die Überweisung. Besten Dank für das Zuhören.

gIp/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (gIp): Auch wir diskutierten das Anliegen in unserer Fraktion eingehend und kamen dabei auch zu einem Schluss; leider nicht alle zum genau gleichen. Mehrheitlich werden wir diese Motion ablehnen und für die Minderheitenmeinung verweise ich auf das Votum von Dyami Häfliger. Die Mehrheit von uns ist der Meinung, dass wir gerade als Fraktion von kleinen Parteien darauf angewiesen sind, dass wir Vorstösse einreichen können und diese dann auch bearbeitet werden. Oftmals hätte man dann gar keine Entscheidungsgrundlage und die Medien würden das Thema auch nicht aufgreifen. Und ohne Entscheidungsgrundlage können wir dann auch nicht richtig darüber befinden. Wir sind ein Milizparlament – und auch wenn man oftmals das Gefühl bekommt, dass wir sehr viel wissen, so brauchen wir doch zwischenzeitlich bei gewissen Themen auch einmal die Hilfe der Verwaltung. Was sonst noch gesagt wurde, stimmen wir auch zu, macht es doch ein sehr träges System noch viel träger, wenn zuerst eine Sitzung abzuwarten ist, bevor ein Überweisungsbeschluss durchgeführt werden kann und man dann nochmals eine weitere Sitzung warten muss. Und irgendwann nach drei Sitzungen wird dann der Vorstoss für dringlich erklärt, was wir nicht nachvollziehen können, wie das vor allem in nützlicher Frist funktionieren soll.



Nun möchte ich noch gerne eine persönliche Anmerkung vornehmen. Ich war doch erstaunt, dass ein Überweisungsbeschluss mit dem Ziel, den Aufwand für die Verwaltung durch das Einbringen weniger Vorstösse zu reduzieren, eingebracht wurde, was ausgerechnet von Personen mitunterschieden wurde, die wahrscheinlich die meisten Vorstösse in dieser Legislatur einbrachten. In diesem Sinn rufe ich nochmals zur Selbstdisziplin von Ihnen allen hier im Rat auf und bitte Sie dieses Begehren abzulehnen. Merci.

Vizestadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Jetzt liessen sich alle Fraktionen verlauten, sodass wir zu den Einzelsprechern kommen. Darf ich einem Einzelsprecher das Wort übergeben?

Saima Sägeser (SP): Ich überlegte mir, ob ich hässig sein und meine Wut etwas rauslassen sollte? Aber ganz ehrlich, es macht mich vielmehr traurig und desillusioniert mich. Ich kann es nicht verstehen, ist es doch so weit weg von meinem Denken, den demokratischen Prozess so massiv beschneiden zu wollen. Und dies mit dem Argument, sparen zu wollen, ohne aber mit Zahlen zu argumentieren, was dies effektiv an Einsparungen bedeuten könnte. Und auch nachdem wir nach diesen Zahlen fragten und wissen wollten, um welchen Aufwand es dabei gehen würde, der dabei nicht mehr zu leisten wäre, wurde bislang nichts dazu gesagt, was meiner Meinung nach eigentlich noch hätte nachgeliefert werden müssen, wenn einem das Anliegen so wichtig erscheint.

Ich finde es auch ganz schlimm, dass hier über die Wertigkeit von Anliegen diskutiert wird, sodass man sich überlegen soll, ob ein Thema über genügend Wert verfügt, um es vorzubringen. Das ist doch individuell. Hier im Rat sind doch verschiedenste Parteien vertreten und natürlich driften da die Werte auseinander. Irgendwann haben wir dann einfach nur noch eine Form und eine Art von Ideen hier im Saal, weil es einfach von einer Mehrheit bestimmt wird. Darauf läuft es nämlich hinaus. Und dann können wir dann wirklich nur noch von bürgerlicher Politik reden. Ich finde es auch absurd, dass von allen verlangt wird, den exakt selben Aufwand für Vorstösse zu leisten, damit sie dann genau Ihren Vorstellungen entsprechen. Aber es haben nicht alle dieselben Möglichkeiten, hier so und so viel Zeit in diese Milzarbeit zu investieren, sodass Vorstösse auch unterschiedlich formuliert ausfallen. Dem muss man auch Raum geben können und die Vorarbeiten oder der Wissensstand kann unterschiedlich sein und auch der Rechercheprozess kann nicht für alle gleich aussehen. Und die Art und Weise, wie man etwas formuliert, ist auch nicht bei allen genau gleich und auch nicht für alle gleich einfach umzusetzen, weil man vielleicht den Gesetzesartikel nicht kennt und auch nicht weiss, wo man dies nachschauen kann. Klar, natürlich kann man es nachfragen. Aber wir brauchen auch die Verwaltung, die eine Einschätzung vornimmt, um wirklich fundiert über ein Thema entscheiden können. Dazu sind sie angestellt und dies entspricht einem Teil ihres Arbeitsportfolios und des Stellenbeschreibs in der Mitwirkung für die Beantwortung von Vorstössen. Wenn dieser Beschlussantrag gutgeheissen wird, ist dies für mich ganz ehrlich ein schwarzer Tag.

Pascal Dietrich (parteilos): Es ist ja kein Geheimnis, dass ich dieser Überweisung vor der Überweisung schon von Beginn an skeptisch gegenüberstand. Ich sehe zwar das Problem schon, wie es hier ja auch dargestellt wurde, was mir Sitzung für Sitzung auffällt, sodass ich mich mit entsprechenden Problemanalyse noch einverstanden erklären könnte. Aber die Lösung kann dies wirklich nicht sein. Es kommt mir vor, wie wenn man im Leichtathletik-Stadion draussen in der Hard einem Hürdenlauf beiwohnt und die Hürdenläuferinnen und die Hürdenläufer vor dem Start zum Hürdenlauf zuerst noch zu einem Hürdenlauf anzutreten hätten. Das dünkt mich doch ein seltsames System und ich kann dies nicht nachvollziehen.

Was man nun aber von mir aus gesehen zum Eliminieren des hier vorliegenden Problems anschauen müsste, ist dann eben dieser Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates, bei dem wir wohl möglicherweise einen Fehler machten, als wir diesen 2019 neu formulierten. Damals legten wir fest, dass «parlamentarische Vorstösse in der Regel schriftlich beantwortet werden». Das führt dann natürlich dazu, dass ein solch grosser Aufwand entsteht, weil das entsprechende Thema für eine schriftliche Beantwortung von allen Seiten beleuchtet werden muss. Noch vor zehn Jahren war es hier im Stadtrat so, dass ein Vorstoss eingebracht wurde und in der übernächsten Sitzung wurde er entsprechend traktandiert. Dabei stand das zuständige Mitglied des Gemeinderates hin und gab Erklärungen ab, warum ein Vorstoss zur Ablehnung



oder zur Annahme empfohlen wird. Das konnte meistens in einem Votum von drei, vier Minuten erledigt werden, wozu die Verwaltung natürlich auch das eine oder andere abzuklären hatte, aber es entstand sicherlich nie ein vergleichbarer Aufwand, den es für das Verfassen von zehn- bis fünfzehnteiligen Berichten benötigt. Ich glaube, dass wir wieder eher zu einem solchen Vorgehen zurückkehren und uns auch darauf achten sollten, was in einem Vorstoss spezifisch verlangt wird. Es mag Vorstösse geben, bei denen es nicht anders geht, als dass als Grundlage für eine Entscheidung ein zehnteiliger Bericht notwendig ist. Aber handkehrum gibt es auch etliche Vorstösse, die auch gut mündlich mit sechs bis sieben Sätzen mit den wichtigsten Informationen direkt an der Sitzung zu beantworten sind. Ich würde Ihnen nun empfehlen, diesen Beschlussantrag abzulehnen, um dann allenfalls bei einer Revision der Geschäftsordnung auf diesen Art. 53 zurückzukommen und diesen flexibler zu gestalten, so dass die Verwaltung nicht gezwungen ist, schriftlich Antwort geben zu müssen. Merci.

Vizestadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es noch weitere Einzelsprecher? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht der Gemeinderat noch das Wort zu diesem Traktandum? Nein. So wünscht aber die Stadtratspräsidentin noch einmal das Wort.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Ich sehe, dass wir anlässlich der letzten Sitzung richtig entschieden, als wir die Sitzung abbrachen, diskutierten wir nun doch bereits eine Dreiviertelstunde, bis wir hier zu einem Ende kommen. Aber ich weiss ja auch, dass ich meinen Anteil dazu beitrug, da es mir und dem Büro eben entsprechend wichtig ist. Ich möchte noch kurz zu einzelnen Argumenten Stellung nehmen. Dyami Häfliger sagte irgendwie, dass man zwar weniger Aufwand betreiben sollte, aber dennoch umfassende Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung gestellt bekommen müsste, da die jetzigen Informationen des Gemeinderates eher etwas zu dürftig ausfallen. Dazu wäre vielleicht zu überlegen, ob dies nicht ein Widerspruch ist, einfach als Anregung, oder dann verstand ich es falsch. Gerhard Käser für die SP/GL-Fraktion sagte, dass man dadurch irgendwie zum Opfer wird, wozu ich aber bemerken muss, dass sich auch ein Opferstatus ausschlagen lässt. Das ist nicht gerade ein Argument um den Beschlussantrag abzulehnen, aber es kommt dann schon in den Medien, wenn man ein bisschen gejammert wird, weil das Anliegen nicht einmal zum Thema wurde, was sehr wohl für eine gewisse Resonanz in den Medien sorgen kann oder zumindest so denkbar ist. Zum Votum von Stefanie Barben-Köhler von der FDP/JII-Fraktion ist zu sagen, dass, wenn man genau zuhört, welche Anzahl von Sitzungen notwendig werden um einen einzelnen Vorstoss – ob dringlich oder nicht, zu behandeln, so ergibt sich daraus eine Verzögerung, die nicht wirklich in unserem Interesse liegt. Patrick Freudiger sagte dann noch, dass je nach Umsetzung eine Praxisänderung bezüglich Fristen oder Vorgehen vorgenommen werden könnte. Ehrlich gesagt beschleicht mich da der Eindruck, dass wir uns dabei eher im Formellen verheddern werden, und uns somit weniger mit dem Anliegen selber in der Beantwortung des Vorstosses beschäftigen. Pascal Dietrich ging daneben noch auf die schriftliche Beantwortung gemäss Art. 53 der GO¹ ein. Das ist so, aber wir führten dies dannzumal ein, weil wir bei der mündlichen Beantwortung von Vorstössen keine Vorbereitungszeit hatten und über keine Vorbereitungsmöglichkeit verfügten, sei es in der Fraktion oder als Mitglied des Stadtrates. Dieser Mangel an Vorlaufzeit führte zu Änderung, damit man zumindest im Vorfeld die Stellungnahme des Gemeinderates zur Kenntnis nehmen und sich auf das Thema entsprechend vorbereiten kann. In dem Sinn haben wir das Gefühl, dass die Argumente für diesen Beschlussantrag nach wie vor nicht überzeugend sind, sodass wir Sie dazu aufrufen ihn abzulehnen. Herzlichen Dank.

Vizestadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Somit ist die Beratung geschlossen und der Sprecher des Beschlussantrags bekommt noch einmal das Wort.

Sprecher des Beschlussantrages, Dyami Häfliger (glp): Ja, ich möchte unbedingt nochmals das Wort. Um gerade darauf zu sprechen zu kommen, was zu Beginn seitens der SP/GL-Fraktion mit dem Vergleich zu anderen Staaten, bei denen man ein solches Verhalten gewohnt ist, genannt wurde. Ich finde, dass sich ein solcher Vergleich verbietet und ein Vergleich mit Staaten, bei denen effektiv keine demokratischen Mittel

¹ GO = Geschäftsordnung des Stadtrates.



zur Verfügung stehen, ist nicht zulässig. Diese Motion will keine demokratischen Rechte beschneiden und das macht sie auch nicht, zumal wir ja nun auch noch von Patrick Freudiger verschiedene Denkanstösse bezüglich Umsetzung erhielten. Jedes Ratsmitglied kann nach wie vor so viele Motionen und Postulate einreichen, wie es möchte. Bei unserem Vorstoss geht auch nicht um die Wertigkeit und das Parlament richtet nicht im Voraus darüber, ob die Motion überhaupt eingereicht werden darf oder nicht. Das wäre in der Tat problematisch, wenn man im Vorhinein bestimmen würde, dass eine Motion für ein bestimmtes Ratsmitglied vielleicht wichtig erscheint, es aber nicht eingereicht werden darf. Das macht diese Motion nicht. Stefanie Barben beschrieb es sehr schön, wie ein entsprechendes Vorgehen aussehen könnte. Das heisst, dass man beim Einreichen der Motion versuchen könnte, Mehrheiten zu erlangen und auch die Medien kontaktieren könnte. Man kann dabei alles Mögliche in die Wege leiten, was dem Anliegen zuträglich ist. Es ging nie darum, dass bei Einreichung einer Motion am selben Abend darüber abgestimmt wird, ganz sicher nicht. Ich sehe es auch nicht, dass damit demokratische Mittel und Rechte beschnitten werden; ich sehe auch nicht, dass dies ein schwarzer Tag für die Demokratie sein soll, weil die demokratischen Mittel mit der von uns geforderten Umsetzung dieser Vorlage ganz sicher nicht beschnitten werden. Ich denke, dass es einen ersten Schritt zur Lösung dieses Problems darstellt und wir entsprechend froh sind, wenn Sie dem zustimmen.

Vizestadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. So kommen wir zur Abstimmung. Und zwar machen wir es ganz einfach, indem wir nicht über die Erheblichkeitserklärung abstimmen lassen, sondern hiermit die Frage stellen, wer diesen Beschlussantrag gemäss Antrag des Stadtratsbüro ablehnen möchte und es mit der Stimmkarte bezeugt? Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen?

III Abstimmung:

- Der Stadtrat beschliesst mit 21 Stimmen Ja gegen 16 Stimmen Nein und 2 Enthaltungen:
 1. Der Beschlussantrag Kummer Robert (FDP), Barben Stefanie (FDP), Clavadetscher Diego (FDP), Fluri Patrick (SVP), Freudiger Patrick (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP), Häfliger Dyami (glp), Lerch Martin (SVP), Sigrist Michael (EVP) und eine Mitunterzeichnende vom 21. Februar 2022: Einführung eines vorgängigen parlamentarischen Überweisungsbeschlusses für Motionen und Postulate wird abgelehnt.
 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Interpellation Clavadetscher Diego (FDP), Häfliger Dyami (glp), Baumgartner Sandro (SP), Käser Gerhard (SP), Fankhauser Fabian (glp), Ruckstuhl Irene (FDP) und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2022: Grundlagendaten Agglomerationsprogramm 3. Generation und Buslinienkonzept laufend veröffentlichen: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank, Michael Schenk. Das war sogleich eine Übung für nächstes Jahr, hingegen es jetzt wie bisher weitergeht. Wir kommen zu Traktandum Nr. 14 der letzten Sitzung. Dabei geht es um die Beantwortung und den Antrag auf Abschreibung der Interpellation Clavadetscher, Häfliger, Baumgartner, Käser, Fankhauser, Ruckstuhl und Mitunterzeichnende zu den Grundlagendaten Agglomerationsprogramm 3. Generation und Buslinienkonzept laufend veröffentlichen. Das Eintreten zu diesem Geschäft ist zwingend und steigen in die Beratung ein.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Eine Berichterstattung des Gemeinderates haben wir keine, weil eine schriftliche Stellungnahme vorliegt. Eine Berichterstattung aus der Geschäftsprüfungskommission gibt es auch keine. Die Interpellanten haben nun Gelegenheit zu einer kurzen Stellungnahme und können erklären, ob sie mit der erhaltenen Antwort zufrieden sind oder nicht. Wenn ich richtig informiert bin, nimmt Diego Clavadetscher als Sprecher der Interpellation dazu Stellung.

Sprecher der Interpellation, Diego Clavadetscher (FDP): Herzlichen Dank dem Gemeinderat für die Beantwortung dieser Interpellation. Formell können wir ja nicht zufrieden sein, weil auf zwei Fragen zwei Antworten gegeben wurden. Die Problematik betrifft aber weiterhin den Inhalt. Die Antwort stammt von Juli 2022 und erklärt in Beantwortung der ersten Frage: «In Kürze werden weitere Dokumente wie zum Beispiel der technische Bericht sowie die Verkehrserhebungen aus dem Jahr 2021 folgen» etc. Es ist jetzt September und es fand eine zweite Sitzung dieser Begleitgruppe statt. Dies sind auch Informationen, die unter dieser Rubrik auf der Homepage abrufbar sind, sodass sie nicht sehr weiterführend sind. Dementsprechend ist das, was hier in Aussicht gestellt wurde, mit Blick auf die Homepage aktuell nicht erfüllt. Beziehe ich mich auf die zweite Frage, so zeigt auch die Budgetdebatte klar auf, dass dieses Geschäft für Mitglieder des Stadtrates als ein sehr wichtiges Geschäft angesehen wird. Es ist sinnvoll, wenn man den Stadtrat frühzeitig in diese Planung miteinbezieht, damit bei einem Projekt, das unter Zeitdruck entsteht, verhindert werden, dass das entscheidungskompetente Organ erst im letzten Moment neue oder andere Ideen einbringen kann. Dies darf insofern nicht passieren, weil dies das Geschäft als Ganzes gefährden würde. Danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank. Eine Diskussion im Rat findet nur dann statt, wenn der Rat dies so beschliesst, wozu aber kein Antrag vorliegt, sodass es auch nicht der Fall zu sein scheint, dass dies gewünscht wird. So kommen wir bereits zur Abstimmung. Wer mit der Abschreibung dieser Interpellation einverstanden ist und das Stadtratssekretariat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, erhebt nun seine Stimmkarte. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):

1. Die Interpellation von Clavadetscher Diego (FDP), Häfliger Dyami (glp), Baumgartner Sandro (SP), Käser Gerhard (SP), Fankhauser Fabian (glp), Ruckstuhl Irene (FDP) und Mitunterzeichnende vom 16. Mai 2022; Grundlagendaten Agglomerationsprogramm 3. Generation und Buslinienkonzept laufend veröffentlichen wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 19. September 2022

2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



1. Jahresrechnung 2023: Vergabe des Auftrags für die externe Prüfung der Rechnungsablage der Stadt für das Jahr 2023 an eine externe Revisionsstelle

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): So sind jetzt die Traktanden der letzten Sitzung abgearbeitet und die Feuerwehr musste eine knappe Stunde warten, sodass ich nun hoffe, dass es zügig weitergeht. Wir kommen damit zu Traktandum Nr. 1. Dabei geht es im Zusammenhang mit der Jahresrechnung 2023 um die Vergabe des Auftrags für die externe Prüfung der Rechnungsablage für das Jahr 2023 an eine externe Revisionsstelle. Ist das Eintreten zu diesem Geschäft bestritten? Nein, so ist dies stillschweigend genehmigt und wir kommen zur Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Sie sahen, dass Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission in schriftlicher Form vorliegen. Roland Loser als Präsident der Geschäftsprüfungskommission möchte sich dazu noch mündlich äussern, bitte sehr.

Sprecher der GPK, Roland Loser (SP): Ich halte mich kurz. Die GPK stellt Ihnen jährlich den Antrag, wer die Rechnung der Stadt Langenthal prüfen soll. Wir evaluierten dies im Jahr 2017 relativ ausgiebig und vergaben dann mit Ihrer Zustimmung per 2019 diesen Auftrag an PricewaterhouseCoopers, die das auch seither machen. Es entspricht unserer Praxis, dass wir dies alle vier, fünf Jahre wieder etwas genauer anschauen. Dabei geht es einerseits ein bisschen darum, dass die Revisionsstelle diese Arbeit für ein paar Jahre übernehmen soll, damit sie sich in die Materie einarbeiten kann und auch wir von einer längeren Zusammenarbeit profitieren können, wir dann andererseits nach einer gewissen Zeit aber auch wieder einen Wechsel vornehmen. Wir dachten uns nun, dass wir Ihnen nochmals PricewaterhouseCoopers als Revisionsstelle vorschlagen. Wir fragten sie entsprechend an, ob sie dieses Mandat zum gleichen Preis übernehmen wollen. Sie antworteten uns, dass sie ihre Offerte um Fr. 5'000.00 erhöhen müssen, weil es sich über die Jahre herausstellte, dass sich der Aufwand gegenüber dem ursprünglich definierten Auftrag vergrösserte. Wir versuchten dann zusammen mit dem Finanzamt die Frage zu klären, ob diese Erhöhung seine Berechtigung hat. Dabei erfuhren wir, dass dies durchaus nachvollziehbar ist und der Aufwand dem entspricht, was nun neu offeriert wird. In dem Sinn möchten wir Ihnen beantragen PricewaterhouseCoopers auch für das nächste Jahr noch einmal als Revisionsstelle zu bestimmen. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank. Wir kommen im Rahmen der allgemeinen Beratung zu den Fraktionen. Wem darf ich das Wort erteilen?

FDP/jII-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): die FDP/jII-Fraktion wird diesem Geschäft zustimmen, allerdings nur unter «Absingen wüster Lieder», was wir lautlos machen. Die Tatsache, dass man kurzfristig eine Erhöhung eines offerierten Preises zugestellt bekommt und als Stadt keine Chance mehr hat rechtzeitig eine andere Revisionsstelle zu finden, löste bei uns keine Freude aus. In dem Sinn wünscht sich unsere Fraktion die Prüfung, ob inskünftig eine längere fixe Offertgültigkeit über mehrere Jahre als neue Praxis ausgehandelt werden kann, um solche Fälle zukünftig zu vermeiden. Danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci. Dies war ja nun kein Antrag im eigentlichen Sinn, aber Du bist ja selber GPK-Mitglied und kannst dies dort sicherlich einbringen. Gibt es weitere Wortmeldungen seitens der Fraktionen? Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Ich sehe niemanden. Wünscht sich der Gemeinderat allenfalls noch zu diesem Geschäft zu äussern? Gut, so erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wünscht der GPK-Präsident nochmals das Wort? Nein, so stimmen wir ab. Wer dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission in Sachen Ziffer 1 und Ziffer 2 folgen möchte, bitte ich dies mit der Karte anzuzeigen. Gegenstimmen? Enthaltungen



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 19. September 2022

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):

1. Die PricewaterhouseCoopers AG, Bern, erhält den Auftrag als verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle (Rechnungsprüfungsorgan) zur Prüfung der Jahresrechnung 2023 der Stadt Langenthal nach Massgabe der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und mit dem offerierten Kostendach von Fr. 29'600.00 (exkl. MWST und Barauslagen).
2. Die Geschäftsprüfungskommission wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



2. Hausbesuchsprogramm schritt:weise: Angebot und Finanzierung der Jahre 2023 bis 2025; Übertragung der operativen Durchführung an den Verein zur Förderung und Integration im Oberaargau (BIO): Zustimmung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Unter Traktandum Nr. 2 geht es um das Hausbesuchsprogramm schritt:weise: Angebot und Finanzierung der Jahre 2023 bis 2025; Übertragung der operativen Durchführung an den Verein zur Förderung und Integration im Oberaargau: Zustimmung und Kreditbewilligung. Wir dazu das Eintreten bestritten? Ich sehe niemanden, sodass dies stillschweigend genehmigt wurde.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Es folgt die Beratung mit der Berichterstattung durch Gemeinderätin Martina Moser, Ressortvorsteherin Sozialwesen, Altersfragen und Gesundheit.

Gemeinderätin Martina Moser (SP): «schritt:weise» ist wohl den meisten von Ihnen bestens bekannt. Erlauben Sie mir dennoch ein paar Worte zur Bedeutung und Wichtigkeit dieses Hausbesuchsprogramm zu verlieren. Der Kanton legte im April dieses Jahres die überarbeitete Strategie «Frühe Förderung im Kanton Bern – Strategie und Massnahmen» vor. Darin wird klar festgehalten, dass die frühe Förderung ein wichtiges Element der Präventionsarbeit darstellt. Frühe Förderung ist kein weiteres Bildungsangebot, sondern umfasst Angebote und Massnahmen, um Familien mit Kindern im Vorschulalter direkt zu stärken, damit die Integration zu fördern und den Kindern aus risikoreichen Familien einen günstigen Start in die Schullaufbahn zu ermöglichen. Solch ein Risiko ist beispielsweise Armut. Untersuchungen zeigen, dass solche Risiken quasi weitervererbt werden; dies aufgrund fehlender Ressourcen und einem fehlenden anregungsreichen Umfeld. Langfristig gesehen kann dies hohe finanzielle Auswirkungen auf eine Volkswirtschaft haben, da dabei oft mit weiteren Kosten gerechnet werden muss, z. B. betreffend Kinderschutz, Schulsystem und so weiter.

In der Strategie der GSI¹ stellt «schritt:weise» im Bereich der frühen Förderung eine zentrale Massnahme zur sozialen Integration dar. Das Konzept «Frühe Förderung Kanton Bern» zeigt sehr deutlich auf wie sinnhaft und lohnenswert die frühe Förderung, und somit eben auch das Hausbesuchsprogramm «schritt:weise», ist. Als Teil der frühen Förderung ist es somit eben ein Präventionsprogramm für den Kinderschutz im weitesten Sinn und dient eben nicht zuletzt dazu, nachgelagerte Kosten im Schulsystem und im Kinderschutz zu vermindern. Das bedeutet, dass je früher die Investitionen in Bezug auf das Alter der Kinder eingesetzt werden, desto höher fallen die Einsparungen weiterfolgender Kosten aus, so wie ich es bereits erwähnte, beispielsweise im Gesundheitsbereich oder bei den Sozialhilfekosten. Wir haben hier also einen grösseren sogenannten «social Return on Invest» und sparen lohnt sich in diesem Fall also nicht. Ich nenne dazu einmal ein Beispiel zur Veranschaulichung: Eine Platzierung kostet pro Tag rund Fr. 250.00. Rechnet man dies auf ein Jahr, ergeben sich daraus Fr. 91'250.00. Nun können Sie dies mit den Kosten vergleichen, die hier heute beantragt sind.

Das Programm «schritt:weise» definiert seine Ziele auf drei verschiedenen Wirkungsebenen. Erstens bei den Kindern: Das Programm erreicht sowohl die direkt geförderten Kinder und ihre Mütter, als auch ihre Geschwister. Durch die täglichen Spiel- und Lernerfahrungen der Kinder mit ihren Eltern erweitern sich ihre sprachlichen, motorischen, kognitiven, sozialen und auch emotionale Kompetenzen. Die zweite Wirkungsebene findet sich bei den Eltern. Das Kernziel des Programms ist die Verbesserung und Intensivierung der Eltern-Kind-Interaktion. Die Eltern sollen mehr Sicherheit im Umgang mit ihren Kindern bekommen. Dafür werden sie in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt und für die altersspezifischen Bedürfnisse ihrer Kinder sensibilisiert. Das praktische Vorgehen vermittelt ihnen die Hausbesucher:innen durch modellhafte Anleitungen während ihren Besuchen. Die dritte Wirkungsebene ist die Familie als Ganzes. Das Gespräch und das gemeinsame Spiel sollen eine wichtige Bedeutung einnehmen und zu einem

¹ GSI = Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion des Kantons Bern.



positiven Familienklima führen. Durch den Transfer des erworbenen Wissens auf die Erziehung der Geschwister profitiert die ganze Familie. Die Familien lernen damit ausserdem die Angebote der Stadt kennen und werden damit stärker in das soziale Netz integriert. Durch die Auseinandersetzung mit den Arbeitsmaterialien und die vermehrten Aussenkontakte verbessern sich auch die Sprachkenntnisse. Ausserdem dürfen wir nicht vergessen, dass das Programm den Hausbesucher:innen einen ersten Schritt, beziehungsweise einen Einstieg in die Arbeitswelt ermöglicht, womit es eine weitere nachhaltige Wirkung erzielt.

Seit Beginn und ohne Unterbruch, somit also seit 13 Jahren wird «schritt:weise» bei uns durch die Fachstelle «Interunido» angeboten. Seit Anbeginn hielt «Interunido» die Budgetvorgaben bei Umsetzung des Programms stets ein. Der hier nun vorliegende Antrag entspricht demjenigen der letzten beiden Umgänge. Der einzige Unterschied liegt in der privaten Spende, die von Anfang an zeitlich beschränkt ausgesprochen wurde und nun entfällt. Die Bewilligungs- und Finanzierungszusicherung durch den Kanton erfolgte bislang im Dreijahres-rhythmus und im gleichen Takt stimmte jeweils auch der Stadtrat der Durchführung und Restfinanzierung zu. Dies war letztmals am 16. September 2019 mit einem sehr deutlichen Ja der Fall. Die aktuelle Finanzierung von «schritt:weise» läuft nun Ende 2022 aus und muss dementsprechend erneuert werden. Mit Brief vom 31. Mai 2022 stimmte die GSI der Mitfinanzierung des Hausbesuchsprogramms zu und ich hoffe sehr, dass Sie dies heute Abend auch machen können. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank. Aus der Geschäftsprüfungskommission gibt es keine Berichterstattung, sodass wir zu den Fraktionen kommen. Darf ich jemandem aus den Fraktionen das Wort erteilen?

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Ich darf das Geschäft heute anstelle von Patrick Fluri vertreten und mein Ziel ist schon auch schrittweise an das Ziel zu kommen. Die Frage stellt sich dabei aber schon, ob man ein solch sozialpolitisches Geschäft hinterfragen darf, ohne sogleich als Bösewicht zu gelten? Dies brachte mich schon auch ein bisschen durcheinander und ich glaube, dass es auf der einen Seite bereits klar ist, wie die Antwort ausfällt, ansonsten ich mich gerne täusche. Wir diskutierten das Thema sehr kontrovers. Dabei ist uns der Kinderschutz genauso wichtig wie allen hier im Rat oder den hier Anwesenden. Da wir uns jedoch in einer Sparrunde befinden, möchte ich Ihnen kurz etwas erklären. Aktuell wurde uns das Geschäft mit Kosten von rund Fr. 110'000.00 vorgelegt. Wenn wir nun davon die Betreuungskosten dieser Frauen und Männer, auch unter Berücksichtigung von fünf Wochen Ferien, abziehen, so ergibt sich daraus ein Verwaltungs- und Administrationsaufwand von rund Fr. 100'000.00; es sei denn, man zieht von diesem Geld auch noch etwas für Schulmaterial und Spielsachen ab, ohne dass ich da den genauen Betrag kenne. Wenn ich nun von diesen Fr. 100'000.00 ausgehe und dies auf den Verwaltungsaufwand pro Stunde runterbreche, kommen wir auf einen Betrag von Fr. 283.00 pro Stunde, wovon die Stadt die Hälfte übernimmt. Das finden wir doch ein bisschen viel und auch fragwürdig. Wenn dabei doch wirklich der Kinderschutz im Vordergrund stehen sollte, sollte dann die Verwaltung nicht schlanker ausfallen, damit den Kindern mehr Geld zugutekommt? Ich bin der Meinung, dass dies zielführender wäre. Wenn Sie schon für die Kinder etwas Gutes machen möchten, so sollten Sie das Geld nicht in der Administration versanden lassen. Deshalb möchten wir Ihnen beliebt machen, dieses Geschäft abzulehnen. Merci.

FDP/jil-Fraktion, Jana Fehrensén (FDP): Das Hausbesuchsprogramm «schritt:weise» ist ein wichtiger Beitrag zur Familien- und Jugendprävention. Es geht nicht nur um Kinderschutz und es geht auch nicht um das Geld, das angeblich in der Verwaltung versickert. Es geht darum, dass wir zukünftige Kosten für Integration und weitere Massnahmen verringern, respektive verhindern können. Mit «Interunido» haben wir seit Jahren einen kompetenten und zuverlässigen Partner, der wirklich fähig ist, dies auch weiterhin durchzuführen. Deshalb wird meine Fraktion dem Antrag des Gemeinderates in allen Punkten folgen. Vielen Dank.

SP/GL-Fraktion, Georg Cap (GL): Das aufsuchende Förder- und Unterstützungsprogramm «schritt:weise» ist aus mehreren Gründen ein wichtiges und bewährtes Interventions- und Unterstützungsmittel im sozialen Bereich. Der Fortbestand dieses Programms, wie bereits mehrfach ausgeführt wurde, sollte eigentlich oberste Priorität geniessen. Nach acht Durchläufen und weit über 150 Kinder und Familien, die seit 2009



von diesem Programm profitieren konnten, kann man, so glaube ich, mit gutem Gewissen von einem sehr bewährten und funktionierenden Modell reden, das auch aus ethischer Sicht und auch aus finanzieller Sicht sehr positiv bewertet werden kann, was vom Gemeinderat sehr gut ausgeführt wurde. Mit diesem Programm wird nicht nur eine unterstützende, präventive und wichtige integrative Arbeit für einzelne Kinder, sondern auch für ganze Familien geleistet, sodass hier unter Umständen mehrere Personen pro Familie davon profitieren. Personen, die genau diese Unterstützung dringend benötigen. «schritt:weise» ermöglicht der Stadt nicht nur Kleinkinder auf ihrem frühen Lebensweg zu helfen, sondern unterstützt auch das ganze Umfeld solcher Kinder. Zudem minimiert die Intervention von «schritt:weise» bei den unterstützten Personen auch ein späteres Abrutschen in die Sozialhilfe, womit grosse Summen an Sozialkosten gespart werden können. Aus wirtschaftlicher Sicht kann man hier demzufolge von gut investiertem Geld reden, da es ja im Interesse von Stadt, Kanton und Staat liegt, dass möglichst wenig Leute Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen.

Dies erreichen wir genau mit solche einem Programm wie «schritt:weise» eines ist. Deshalb möchte ich Ihnen ans Herz legen diesem Programm doch zuzustimmen. Es ist schade, dass man 2018 im Stadtrat die nötige Weitsicht vermissen liess, um dieses nötige Geld von damals Fr. 78'000.00 pro Jahr zu bewilligen, sodass man das Programm mittlerweile nur noch für 15 Familien anbieten kann. Hoffentlich wird sich diese Haltung in Zukunft dann wieder ändern, wenn die städtischen Finanzen vielleicht wieder etwas mehr im Lot sind, sodass wir dieses Programm auch wieder mehr Leuten zugänglich machen können, um so Kinder und Familien auf ihrem frühen Weg in die richtige Richtung zu unterstützen. So wie ich spricht sich auch die ganze SP/GL-Fraktion einstimmig für die Weiterführung dieses Programms und die nötigen Finanzierungen aus. Ich möchte auch Ihnen allen ans Herz legen, dem ebenso zuzustimmen. Zuletzt möchte ich noch etwas Persönliches dem Sprecher der SVP nahelegen, das polemische Rösslein zu zügeln und mit falschen Milchbüchlein-Rechnungen etwas vorsichtiger zu sein. Ich begriff es nicht ganz, aber irgendwie kann diese Rechnung in meinen Augen einfach nicht aufgehen. Merci.

glp/EVP-Fraktion, Renate Niklaus-Lanz (glp): Das Programm «schrittweise» ist eine ganz wichtige Sache für Familien mit Migrationshintergrund und ich rede hier bewusst von Familien. Wie Gemeinderätin Moser es bereits erwähnte, werden nicht nur die Kinder damit erreicht, sondern eben auch die Eltern und ihre Geschwister. Und was gibt es Besseres – und das werden alle Kindergärtnerinnen und Kindergärtner hier bestätigen, wenn ein Kind an seinem ersten Kindergarten tag einen guten Start hat und sich dies dann über das ganze Schulsystem hinweg auswirkt. Wir hörten es nun bereits mehrfach, dass wir damit Kosten sparen können, indem diese Kinder eben nicht irgendwie abrutschen und sie dann fremdplatziert werden müssten und was das dann für Kosten auslöst. Ich sehe dabei vor allem auch diesen positiven Effekt auf das ganze System und das Bildungswesen und schlussendlich resultiert daraus nur ein Gewinn. Ich bin im Rechnen nicht so gut und konnte es auch nicht nachrechnen, wurde ich doch auch ein wenig vom Sprecher der SVP überrascht, dass derart hohe Kosten für die Verwaltung aufgewendet werden müssen, was ich so nicht bestätigen kann. Unsere glp/EVP-Fraktion stimmt diesem Kredit einstimmig zu.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. Wir sind nicht mit den Fraktionen durch und kommen zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Darf ich jemandem so das Wort übergeben?

Martin Lerch (SVP): Ich möchte zuerst meine Interessenbindung bekanntgeben. Ich bin seit zwei Jahren Vorstandsmitglied im Verein BIO, Bildung und Integration im Oberaargau. Wir kommen ich als SVPler dazu? Ich liess mich wählen, weil ich von einem zehnjährigen Auslandsaufenthalt in Berlin und London geprägt bin und ich mich dabei nicht nur in diplomatischen Kreisen bewegte. Vielmehr sah ich deshalb durchaus auch Stadtteile, in denen die Integration eben nicht klappt. Ich muss dazu nicht in die Details gehen, handelt es sich dabei doch um den Osten in Berlin und um den Norden von London, wo schwierige Verhältnisse herrschen und man sich nicht mehr ins Quartier hinein traut und selbst die Polizei nicht hineingeht und die Integration in dem Sinn nicht klappt. Von solchen Entwicklungen sind wir in der Schweiz zum Glück weit entfernt und diese wollen wir aber auch nicht. Deshalb müssen wir alles unternehmen, damit wir diejenigen, die sich legal bei uns aufhalten, bestmöglich integriert werden, sonst schiessen wir uns selber ins Bein. Da rede ich nun aus Erfahrung als ehemaliger Stadthalter, weiss ich doch, was es kostet, wenn jemand



fremdplatziert werden muss. Ich weiss aber auch, was es kostet, wenn jemand zum Beispiel psychische Probleme erleidet und Kliniken zu besuchen hat, was zu Gesundheitskosten und Sozialhilfekosten führt, oder im Extremfall, wenn sie älter wurden, sogar strafrechtliche Folgen nach sich zieht. Dort reden wir dann von Kosten von über Fr. 10'000.00 und mehr pro Monat. Natürlich geht es um einen schönen Betrag, worüber wir heute hier reden, aber im Verhältnis zu 15 Familien betrachtet und wenn wir hier nur eine Person auf die richtige Bahn lenken können, so ist dies sehr gut investiertes Geld. Es geht um eine bestmögliche Integration, damit diese Kinder sich später möglichst selber durchbringen können und wertvolle Glieder unserer Gesellschaft werden. Was das Programm genau bezweckt, wurde bereits erwähnt, sodass ich es nicht noch einmal zu wiederholen brauche und mich voll anschliesse. Ich bin aus meiner Erfahrung davon überzeugt, dass sich diese Investition lohnt und ich somit aus Überzeugung zustimme. Besten Dank.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher?

Cornelia Gerber-Schärer (SP): Wir hörten nun ganz viel, wovon mir die Aussagen der letzten Sprecher auch wichtig waren, aber nicht diejenige von Janosch Fankhauser als Sprecher, was ich nicht unterstützen kann. Ich möchte aber einfach nochmals danken, geht es hier doch nicht einfach nur um Geld, sondern es geht um Menschenleben und es geht hier um Kinder. Und Kinder haben ein Grundrecht. Deshalb finde ich es extrem wichtig, dass sich Menschen dieser Thematik annehmen und dafür möchte ich Merci sagen. Ich durfte am Freitag am Tag der offenen Tür dabei sein und konnte dort die neuen Räumlichkeiten besichtigen und ich war begeistert. Vielleicht wissen es einige, dass ich im ambulanten aufsuchenden Setting in einem sehr niederschweligen Bereich arbeite und ich kann nur unterstützen, was Martin Lerch sagte. Ich weiss haargenau, was es bedeutet. Ich bin kein Zahlenmensch, aber ich weiss, was es für Auswirkungen auf das System und die Gesellschaft hat, wenn man diese Kinder durch die Maschen fallen lässt. Und ich möchte einfach auch zu bedenken geben, wer im Moment ganz viele dieser Kinder auffängt. Das sind nämlich unsere Schulen und das sind meine Kinder in diesen Schulen und das sind wir als Gesellschaft. Und die ganze Thematik andauernd wegen der Kosten zu negieren, führt zu keiner Lösung. Wir stehen vor dieser gesellschaftlichen Herausforderung und ich bin dankbar, dass uns «Interunido» mit «schritt:weise» und ihrem Programm Hand dazu bietet, und nicht umgekehrt. Danke vielmals.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Ich sehe niemanden? Gibt es weitere Wortmeldungen? So erkläre ich die Beratung als geschlossen. Wünscht die Gemeinderätin nochmals das Wort? Bitte Martina Moser.

Gemeinderätin Martina Moser (SP): Ich möchte noch ganz kurz etwas sagen. Erstens freute ich mich sehr über die grossmehrheitlich positiven Voten und zweitens möchte ich vor allem denjenigen, die für die gute Integrationsarbeit zuständig sind und diese leisten, ganz herzlich danken.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. So kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer dem Gemeinderat mit diesen Ziffern 1 bis 4 folgen möchte und damit das Projekt inklusive der Finanzierung genehmigen möchte, zeigt dies nun bitte mit der Stimmkarte. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, mit 35 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein und 2 Enthaltungen:

1. Die Stadt Langenthal bietet in den Jahren 2023 bis 2025 das Hausbesuchsprogramm "schritt:weise" für 15 Familien an.
2. Die Stadt überträgt die operative Durchführung des Hausbesuchsprogramms "schritt:weise" ab 1. Januar 2023 dem Verein zur Förderung der Bildung und Integration im Oberaargau (BIO) mit der Geschäftsstelle "Interunido".
3. Für die Finanzierung dieses Angebots für die Jahre 2023 bis 2025 wird ein Verpflichtungskredit für die Ausgabe von brutto Fr. 330'708.00 bewilligt, wobei im Detail:



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 19. September 2022

- a. in den Budgets der Erfolgsrechnungen 2023 bis 2025, Konto 5370.3636.22 "Interunido, Beitrag Hausbesuchsprogramm 'schritt:weise'", ein Beitrag von jeweils Fr. 110'236.00 als Bruttoaufwand ins Budget eingestellt wird;
 - b. in den Budgets der Erfolgsrechnungen 2023 bis 2025, Konto 5370.4631.22 "Interunido, Beitrag Hausbesuchsprogramm 'schritt:weise'", für den Ertrag je ein Beitrag von Fr. 50'543.70 ins Budget eingestellt wird.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug, insbesondere dem Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit der Gesundheits-, Integrations- und Sozialdirektion GSI und dem Verein zur Förderung der Bildung und Integration im Oberaargau BIO, beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



3. Strategie Feuerwehr Langenthal "FEUERWEHR 20+": Erhöhung des Stellenetats: Zustimmung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Wir kommen somit zu Traktandum Nr. 3: Strategie Feuerwehr Langenthal "FEUERWEHR 20+": Erhöhung des Stellenetats: Zustimmung und Kreditbewilligung. Ist das Eintreten zu diesem Traktandum bestritten? Ich sehe niemanden, so ist es stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Wir kommen zur Beratung und es folgt die Berichterstattung durch Gemeinderat Markus Gfeller, Ressortvorsteher öffentliche Sicherheit.

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): Besten Dank, dass ich das Geschäft hier vorstellen darf und auch ich möchte, wie es im Geschäft zuvor gemacht wurde, mein Votum mit einem Dank beginnen. Ich möchte mich nämlich recht herzlich bei diesen Frauen und Männern der Feuerwehr Langenthal bedanken, die Tag und Nacht, 24 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche sowie 366 Tage im Jahr für uns, unsere Bevölkerung, unsere Stadt, unsere Region und unsere grössere Region im Einsatz sind. Und um das geht es eigentlich auch in diesem Geschäft, damit wir die Einsatzbereitschaft in Langenthal langfristig aufrechterhalten können.

Wir sehen, dass es in der Gesellschaft Veränderungen gibt, weshalb wir das Thema proaktiv angingen und einmal schauten, wie unsere Feuerwehr aufgestellt ist. Wir fragten uns in der Situationsanalyse, wie es ihr heute ergeht und welchen allenfalls Handlungsbedarf wir haben, um etwas zu verbessern. Könnte man dabei allenfalls verschiedene Varianten ins Auge fassen? Ganz zum Schluss komme ich dann zu den Anträgen, die wir für die heutige Sitzung vorbereiteten.

Der gesellschaftliche Wandel und die gesetzlichen Anforderungen, insbesondere die Komplexität der Tätigkeiten, stellen die Feuerwehr Langenthal vor grosse Herausforderungen. Die Feuerwehr Langenthal ist eine der vier Stützpunkt-Feuerwehren im Kanton Bern, nebst der Berner Berufsfeuerwehr, der Feuerwehr von Biel und von Thun. Wir stellen fest, dass die Belastung der Milizpersonen zunimmt. Insbesondere der administrative Aufwand nimmt nebst den Kernaufgaben immer einen grösser werdenden Teil der Einsatzzeit in

Anspruch, die diese Feuerwehrleute zu leisten haben. Das führt auch dazu, dass es nicht immer gleich einfach ist die Kader zu rekrutieren, die eigentlich in der Feuerwehr sind, weil sie den Leuten helfen und bei Unfällen zur Seite stehen möchten, aber nicht unbedingt, weil sie wahnsinnig gerne und viele Formulare ausfüllen möchten. Gleichzeitig wird die Rekrutierung auch bezüglich Aufrechterhaltung des Nachwuchses schwieriger, damit auch die Führungs- und Spezialfunktionen längerfristig gesichert werden können. Ein besonderes Problem stellt die Tagesverfügbarkeit dar, weil wie wir alle wissen, dass es viele Leute gibt, die nicht mehr dort arbeiten, wo sie auch wohnen. Aber es ist ja nicht so, dass Krisensituationen immer nur dann eintreten, wenn man sich gerade zu Hause aufhält und Zeit hat, sondern es meistens umgekehrt ist.





Es kommt irgendwie zu einer Krisensituation und dann muss geschaut werden, dass Leute zur Verfügung stehen, die zeitgerecht eingesetzt werden können. Zudem wussten wir bereits seit längerer Zeit, dass der aktuelle Feuerwehrkommandant Lukas Jost per Ende 2023 zurücktreten wird, sodass wir schon noch ein bisschen Zeit zur Verfügung haben. Aber auch dies trug dazu bei, dass wir dieses Thema eben angingen.

Die Arbeitsgruppe FEUERWEHR 20+ wurde dann vom Gemeinderat beauftragt, bis Ende 2021 einen Bericht zu erstellen und zu schauen, wie man diese Feuerwehr zukünftig strategisch ausrichten möchte, damit man dies auch den beschluss-kompetenten Organe vorlegen kann. Dieser Bericht umfasst eine vertiefte Situationsanalyse und daraus abgeleitet den Handlungsbedarf, verschiedene Umsetzungsmöglichkeiten und schlussendlich eben einen Antrag, der nun hier dem Stadtrat vorliegt. Die Arbeit war so, dass die Arbeitsgruppe FEUERWEHR 20+ den Lenkungs-ausschuss regelmässig über den Stand des Projektes orientierte.

Hier sehen Sie eine Übersicht über die Struktur, wie sie funktioniert. Der Gemeinderat agierte als Auftraggeber und die Projektübersicht lief über die Kommission für öffentliche Sicherheit, die schlussendlich für die Feuerwehr auch zuständig ist. Ihr ist auch der Feuerwehrkommandant direkt unterstellt. Danach wurde ein Lenkungs-ausschuss eingesetzt, in dem Luis Gomez, Amtsleiter öffentliche Sicherheit, Reto Andres und ich als Vertreter der Kommission für öffentliche Sicherheit Einsitz nahmen. Die eigentliche Arbeit führte dann die Arbeitsgruppe FEUERWEHR 20+ im Rahmen eines Kernteams durch, das unter Leitung von Christian Lehmann, dem Fachbereichsleiter Zivilschutz, Feuerwehr und Quartieramt, stand. Und in dieser Arbeitsgruppe waren auch Leute des Stabs und hauptsächlich weitere Mitglieder der Feuerwehr dabei.

Welche Ziele wurden damit verfolgt? Die Feuerwehr Langenthal soll weiterhin als Milizfeuerwehr organisiert sein und für ihre Mitglieder und die Angehörigen der Feuerwehr eine attraktive Organisation sein und auch bleiben. Mit einer auf die Zukunft ausgerichteten Organisation stellt die Feuerwehr Langenthal eine hohe Einsatzbereitschaft, einerseits als Ortsfeuerwehr, aber andererseits vor allem auch als Sonderstützpunkt mit kantonalen Aufgaben, sicher. Dabei sollen die Führungsstrukturen optimiert und, wo sinnvoll und nötig, auch professionalisiert werden. Die Milizkader – Langenthal ist übrigens die einzige Stützpunktfeuerwehr im Kanton Bern, die praktisch ausschliesslich via Milizkader funktioniert, sollen unterstützt und von administrativen Tätigkeiten entlastet werden. Der letzte Punkt auf dieser Folie ist eigentlich auch ein sehr wichtiger: Die Feuerwehr Langenthal soll ein anerkannter, starker und verlässlicher Partner nicht nur sein, sondern auch bleiben.

stadtlangenthal

Einstieg
Auftrag durch Gemeinderat

Die Arbeitsgruppe FEUERWEHR 20+ wird beauftragt, dem Gemeinderat bis zum 31. Dezember 2021 einen Bericht und Antrag zur Frage der künftigen Strategie der Feuerwehr in der Stadt Langenthal zu unterbreiten. Der Bericht umfasst eine vertiefte Situationsanalyse, den daraus abgeleiteten Handlungsbedarf, Umsetzungsmöglichkeiten und einen Antrag zum weiteren Vorgehen. Die Arbeitsgruppe FEUERWEHR 20+ orientiert den Lenkungs-ausschuss regelmässig über den Stand des Projektes.

4

stadtlangenthal

Einstieg
Projektorganisation

Auftraggeber
Gemeinderat

Projektaufsicht
Kommission Öffentliche Sicherheit

Lenkungs-ausschuss
3 Mitglieder der KGS

Mitglieder
Markus Gfeller, Luis Gomez, Reto Andres

Kernteam
Arbeitsgruppe FEUERWEHR 20+

Projektleitung
Fachbereichsleiter Zivilschutz, Feuerwehr, Quartieramt

5

stadtlangenthal

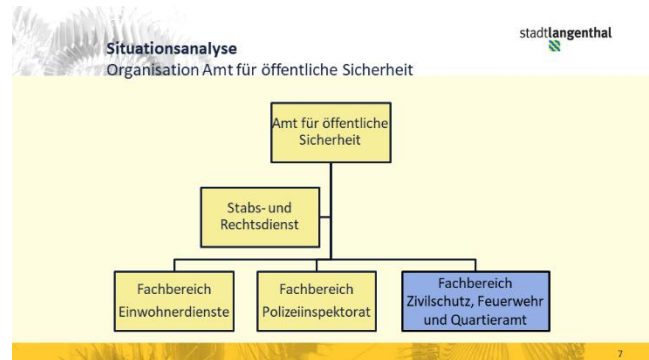
Einstieg
Projektziele (genehmigt durch Lenkungs-ausschuss)

- Die Feuerwehr Langenthal ist eine **Milizfeuerwehr** und für ihre AdF und deren Umfeld eine **attraktive Organisation**.
- Mit einer **auf die Zukunft ausgerichteten Organisation** stellt die Feuerwehr Langenthal die **hohe Einsatzbereitschaft** als Ortsfeuerwehr und Sonderstützpunkt mit kantonalen Aufgaben sicher.
- Die **Führungsstrukturen sind optimiert** und, wo sinnvoll und notwendig, professionalisiert.
- Die **Milizkader** werden unterstützt und von administrativen Tätigkeiten entlastet.
- Die Feuerwehr Langenthal ist ein **anerkannter, starker und verlässlicher Partner**.

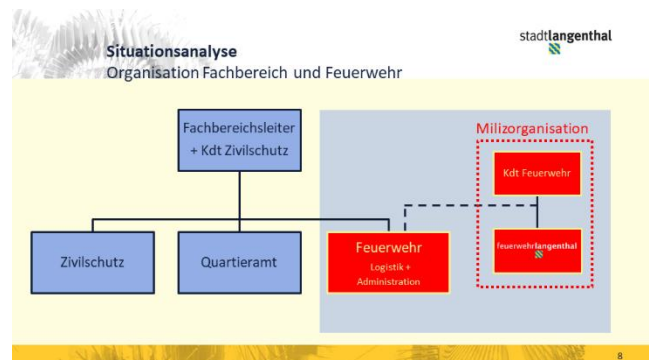
6



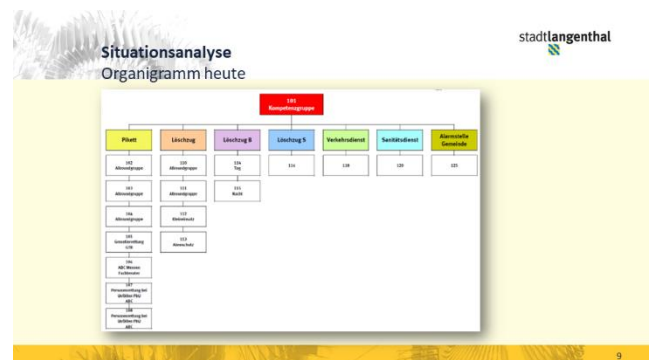
Wo ist die Feuerwehr angesiedelt? Wir haben das Amt für öffentliche Sicherheit mit Luis Gomez, worin drei Fachbereiche angesiedelt sind. Einer der Fachbereiche umfasst den Bereich Zivilschutz, Feuerwehr und Quartieramt, sodass die Feuerwehr in diesem Segment angegliedert ist.



Und innerhalb dieses Fachbereichs ist auch dieser administrative Bereich, der heute in der Feuerwehr bereits existiert, angesiedelt. Das umfasst einerseits unsere Quartiermeisterin, die unter anderem für das Rechnungswesen zuständig ist und andererseits unseren Materialverwalter, der dafür besorgt ist, dass sich das Magazin im Schuss befindet, dass die Fahrzeuge auch immer gewartet werden und auch die ganze Ausrüstung auch immer wieder für einen nächsten Einsatz bereit liegt, was mit dem roten Feld in der Mitte dargestellt ist. Auf der anderen Seite finden Sie den Kommandanten der Feuerwehr, der dies im Milizsystem ausführt und daneben das ganze Korps der Feuerwehr, das auch im Milizsystem organisiert ist.



Die Feuerwehr selber ist so organisiert, dass wir einerseits über den Pikettdienst verfügen. Das Pikett ist diejenige Truppe, die meistens ausrückt, wenn man das Blaulicht hört. Diese Leute bestehen aus verschiedenen Gruppen. Dazu gibt es auch Löschzüge in Langenthal, aber auch in Bleienbach und in Steckholz mit je einem eigenen Magazin. Diese ersten vier Felder ist das, was die gesetzliche Aufgabe der Feuerwehr umfasst und zwingend ist, wie sich die Feuerwehr zu organisieren hat. Es gibt dann aber andererseits auch noch weitere Aufgaben wie beispielsweise den Verkehrsdienst und den Sanitätsdienst, was die Gemeinde sicherzustellen hat und in Langenthal wohl seit ewigen Zeiten in der Feuerwehr organisiert ist. Sodann gibt es noch die Alarmstelle der Gemeinde, auf die ich in dieser Präsentation nicht näher darauf eingehen möchte.



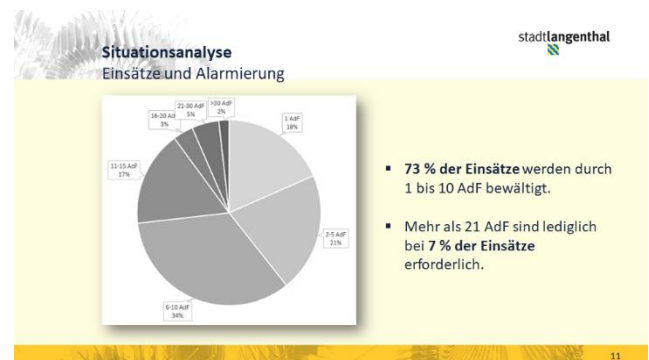


Ich möchte vielmehr noch zwei, drei Dinge zu den Einsätzen erwähnen, die diese Feuerwehr leistet, damit man dies auch einmal hörte. Es sind pro Jahr durchschnittlich bis zu 180 Einsätze. Wenn man sich dies überlegt, entspricht dies doch beinahe einem Einsatz pro Arbeitstag. Um was für Einsätze geht es da konkret? Ein Grossteil umfassen Fehlalarme, was beinahe ein Viertel ausmacht. Aber auch bei einem Fehlalarm muss man reagieren um zu sehen, ob es sich effektiv um einen Fehlalarm handelt oder nicht. Die Chemie- und Ölwehr macht zusammen auch gut ein Viertel aus und dann geht es mit rund 10% noch um technische Hilfeleistungen. Brände als solches machen noch 15% aus, die Tierrettung kommt insgesamt auch auf 8% und bei rund 12% geht es um Wasserschäden. Alles andere umfasst danach verschiedene Aufgaben wie den Bahnstützpunkt, Kaminbrände, Verkehrsunfälle mit oder ohne Rettung, was somit alles ganz verschiedene Aufgaben sind, die auch ganz unterschiedliche Ausbildungen voraussetzen.

Wie viele Leute werden für diese Einsätze benötigt? Wir haben etwa dreiviertel der Einsätze, für die es weniger als zehn Leute braucht. Sie sehen, dass es bei rund 20% der Einsätze eigentlich nur eine Person braucht, sahen wir doch zuvor, dass rund ein Viertel auf Fehlalarme zurückzuführen ist, was wahrscheinlich dann ist, wenn es nur den Einsatz einer Person benötigt. Wir haben auch noch weitere 20% an Einsätzen, die maximal fünf Leute braucht. Und bei insgesamt 75% der Einsätze braucht es wie gesagt nicht mehr als zehn Leute. Mehr als 20 Leute braucht es nur etwas bei 5% bis 7% der Einsätze, aber dann braucht es sie eben. Damit wir sie dann einsetzen können, müssen wir eben auch die gesamte Feuerwehr bereithalten.

Um es hier klar zu formulieren, erfüllt die Feuerwehr Langenthal im Moment alle Mindestanforderungen, sodass kein dringlicher Handlungsbedarf besteht. Aber die Ausbildung im Bereich Atemschutz und auf Spezialgeräten ist bei der Mehrheit der kantonalen Sondereinsätze, aber auch bei den Einsätzen auf dem Gemeindegebiet erforderlich. Es reicht also nicht mehr aus, wenn man nur über eine minimale Basisausbildung verfügt, sondern man muss eben mit diesem Atemschutz vertraut sein und man muss diese Spezialgeräte kennen, damit man sie dann auch bei einem Einsatz sachgerecht, richtig und effizient einzusetzen weiss.

Derzeit hat unsere Feuerwehr für die gesetzlichen Aufgaben einen Bestand von 109 Leuten. Gemäss den Vorgaben der kantonalen Gebäudeversicherung braucht es einen Mindestbestand an 70 Angehörigen der Feuerwehr, über die wir mindestens verfügen müssen. Und dieser Mindestbestand von 70 Personen errechnet sich aufgrund von verschiedenen Kriterien; unter anderem ist es die Gemeindegrösse, das Einsatzgebiet, die Gebäudeversicherungssummen, was zu einer Mischrechnung führt und auf dessen Basis





die Gebäude-versicherung die Mindestanforderungen definiert, damit die Feuerwehr einsatzfähig ist. Weitere gut 20 Leute sind in den Bereichen Verkehrsdienst und Sanitätsdienst tätig. Ich erwähne dies deshalb, weil es sich eben um Aufgaben handelt, die zwar bei uns durch die Feuerwehr erledigt werden, aber nicht zwingend so gesetzlich nötig sind.

Bei der Situationsanalyse kam heraus, dass die Einsatzpläne ein kleines Stiefkind sind, wozu ich mir zuerst erklären lassen musste, was ein Einsatzplan ist. Ein Einsatzplan dient dazu, dass die Feuerwehr bei einem Einsatz in einem bestimmten Quartier, in einem bestimmten Gebäude und bei einem bestimmten Betrieb darüber Bescheid weiss, um was für einen Betrieb es sich handelt, was dort verarbeitet wird, wo sich die entsprechenden Leitungen befinden, welche möglichen Gefahrgüter gelagert sind. Daneben gibt er auch Auskunft darüber, wo sich der Sammelplatz des Personals befindet, wo man die Fahrzeuge platzieren kann und wo man schlussendlich in das Gebäude reinkommt, um einen allfälligen Brand oder was auch immer angreifen und bekämpfen zu können. Die Einsatzpläne werden so vorbereitet, dass man im Ernstfall einfach nur den Einsatzplan dieser entsprechenden Gebäulichkeit hervorholen kann, sodass der Einsatzleiter weiss, wohin er seine Leute zu dirigieren hat, damit die entsprechende Gefahr schlussendlich effektiv und effizient bekämpft werden kann. Gleichzeitig kann damit die Sicherheit und der Schutz der Einsatzkräfte verbessert werden. Ebenso helfen die Einsatzpläne mit die Effizienz zu steigern. Dabei geht es um etwas, das vielleicht nicht unbedingt heute oder morgen erledigt werden muss. Aber man rechnete aus, dass für die laufende Aktualisierung und Weiterentwicklung dieser Einsatzpläne rund 30 Stellenprozente aufzuwenden sind.

Situationsanalyse
Erarbeitung und Pflege der Einsatzpläne

stadtlängenthal

Einsatzpläne

- Mit Einsatzplänen werden, wo gefordert, die **gesetzlichen Vorgaben** erfüllt.
- Mit Einsatzplänen können die **Sicherheit und der Schutz** von Einsatzkräften, Mensch und Umwelt verbessert werden.
- Mit Einsatzplänen können die **Effizienz der Einsatzkräfte** gesteigert werden.
- Durch Einsatzpläne erhalten die Einsatzleiter eine gute Grundlage und eine klare Übersicht, um ihre **Entscheidungen zur Ereignisbewältigung** schneller und gezielter zu fällen und den Einsatz **rascher zum Erfolg** zu führen.
- Aufwand: **rund 30 Stellenprozente.**

13

Wie ich bereits antönte, möchte man auch das Milizkader entlasten. Auf Basis der langjährigen Erfahrung weiss man, dass der Kommandant und sein Stellvertreter durchschnittlich rund 35 bis 40 Stunden pro Monat aufwenden, ohne dabei den Aufwand für Administration oder Übungen zu berücksichtigen. Auch der Ausbildungsverantwortliche wendet rund 27 bis 30 Stunden pro Monat für seine Arbeit auf. Daneben gibt es Stellvertretungssituationen, die heute nicht befriedigend gelöst sind. Insbesondere betrifft dies den Anlage- und Materialwart, der dafür besorgt ist, dass die ganzen Materialien auch immer einsatzbereit sind und zwischendurch eben auch ab und zu wegen Ferien, einer Weiterbildung oder allenfalls wegen Krankheit abwesend ist. Und in dieser Zeit muss natürlich die Einsatzbereitschaft genau gleich sichergestellt sein. Dasselbe gilt die administrativen Belange betreffend auch für die Quartiermeisterin, hat doch auch sie ihre Ferien verdient und müsste bei einem Ausfall, der dann vielleicht auch nicht geplant ist, ersetzt werden können. Für diese Aufgaben gemäss dieser Übersicht fehlen zurzeit schlichtweg die Kapazitäten.

Situationsanalyse
Entlastungs- und Unterstützungsbedarf Milizkader

stadtlängenthal

- Kommandant und Stellvertreter: Aufwand = 36 Stunden/Monat
→ Entlastung mit **20 Stellenprozenten.**
- Ausbildungsverantwortlicher: Aufwand = 27 Stunden/Monat
→ Entlastung mit **15 Stellenprozenten.**
- Stellvertretung des Anlagen-/Materialwartes für logistische Belange
→ **10 Stellenprozente.**
- Stellvertretung Quartiermeisterin für administrative Belange
→ **10 Stellenprozente.**

14



Aufgrund dessen eruierten wir die nachfolgenden Handlungsfelder. Das Handlungsfeld 1 – und um das geht es heute Abend eigentlich, umfasst die Stärkung der Organisation im Bereich der Feuerwehr. Dabei kamen wir zum Schluss, dass es hier rund eine Stelle mehr braucht, als wir heute haben. Wir verfügen heute über 150 Stellenprozente bei der Feuerwehr, was eben die Quartiermeisterin und den Materialverwalter betrifft. Beim zweiten Handlungsfeld, das ich der Vollständigkeit halber erwähnen möchte, geht es um die Grobstruktur der Feuerwehr. Das hat damit zu tun, dass man eben auch unterschiedliche Leute in den Aufgabenbereich miteinbinden kann. Die Grobstruktur liegt im Verantwortungsbereich des Gemeinderates und dort wurden die entsprechenden Entscheide auch bereits gefällt, worauf ich nachher noch zurückkomme. Das Handlungsfeld 3 betrifft die Sicherstellung der Kontinuität des Kommandos oder des Kommandanten, sodass wir diese Ernennung frühzeitig durchführen möchten. Warum soll dies frühzeitig erfolgen? Das liegt daran, weil man im Moment daran ist, die Organisation der Feuerwehr wie auch die Grobstruktur der Feuerwehr auf den 1. Januar 2024 neu zu definieren. Entsprechend wäre es natürlich gut, wenn der neue Kommandant, der dann ab 2024 das Zepter übernimmt, auch schon entsprechend daran mitarbeiten kann.

Ich komme nun zur Übersicht, um die es heute im Kern effektiv geht. Wir beantragen Ihnen eine zusätzliche Stelle für die Feuerwehr, die für nachfolgende Bereiche genutzt werden sollte. Es geht dabei um die Einsatzpläne, was etwa rund 30% ausmacht, um Führungsunterstützung mit etwa 20%, um Ausbildung mit etwa 15% und dann noch um Beratungen und Stellvertretungen im Umfang von nochmals rund 30%.

Auf dieser Folie wird ersichtlich, wie diese Organisation dann aufgebaut sein soll. Man diskutierte dabei verschiedene Varianten und man sprach auch über einen vollamtlichen Feuerwehr-kommandanten, was durchaus einer Möglichkeit entsprach, dann aber wieder verworfen wurde. Vielmehr entschied man sich dazu, dass man neben dem Bereich der Administration, was durch die Quartiermeisterin ausgeführt wird, dem logistischen Bereich, für den Daniel Vitolone verantwortlich zeichnet, mit dem neuen Bereich Planung und Ausbildung eine 100%-Stelle schaffen möchte. Dabei würde diese zusätzliche Administrationsstelle ebenso im Fachbereich Quartieramt angesiedelt. Dabei ist klar, dass die Befehlsstruktur in der Feuerwehr weiterhin dem Kommandanten obliegt und er sagt, wo es lang geht.

Situationsanalyse
Handlungsbedarf

Handlungsfeld 1:

- Stärkung der **Organisation** des Bereichs Feuerwehr durch die Erhöhung des Stellenetats.

Handlungsfeld 2:

- Stärkung der Einsatzbereitschaft durch die Anpassung der **Grobstruktur** der Feuerwehr.

Handlungsfeld 3:

- Sicherstellen der Kontinuität durch die frühzeitige **Ernennung des nachfolgenden Kommandanten** und Erhöhung der Jahrespauschale des Kommandos.

15

Situationsanalyse
Stellenprozente und Arbeitspensum

Arbeitsbereich (AKV)	Stellen %	Std. / Monat	Entlastete Miliz-Funktion
Einsatzpläne	30%	55	keine
Unterstützung Führung	20%	36	Kommandant und Stellvertreter
Ausbildung	15%	27	Ausbildungsverantwortlicher
Beratungen	10%	18	Kommandant
Stellvertretung Logistik	10%	18	Material- /Anlagewart Stv.
Stellvertretung Administration	10%	18	Keine Stv.
Rundung/Reserve	5%	8	
Total	100%	180	

16

Organisation Teilbereich Feuerwehr
Antrag Gemeinderat

17



Der Gemeinderat fasste im Bereich der Grobstruktur bezüglich Handlungsfeld 2 bereits den Beschluss, dass der Bestand der Feuerwehr 90 Angehörige nicht unterschreiten soll. Dies wird deshalb so gesehen, weil wir uns hier in Langenthal als Stützpunktfeuerwehr bezüglich dieser Feuerwehrstufe C, für die die Gebäudeversicherung einen Mindestbestand von 70 Personen vorschreibt, relativ knapp an der oberen Grenze zur nächst höheren Stufe befinden. Entsprechend müssen oder dürfen wir damit rechnen, dass wir in der nächsten Zeit in die Stufe B hinaufrutschen und im B der Mindestbestand 90 Feuerwehrangehörige vorschreibt. Ich möchte an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass in keiner Weise geplant ist, den heutigen Bestand von 109 Feuerwehrkräften zu reduzieren. Vielmehr möchte man den bestehenden Bestand selbstverständlich aufrechterhalten. Aber es geht hier nun einfach darum, dass der Bestand mindestens 90 Feuerwehrangehörige zu umfassen hat.

Wir möchten diese Grobstruktur auch neu aufgliedern, wonach es dann Einsatzelemente ohne geografische Bindung geben soll. Wir sahen vorher, wie die Struktur heute aussieht und ich auf das Pikett und die einzelnen Löschzüge verwies. Nun soll dies völlig neu aufgeteilt werden, was dazu führt, dass Leute, die mehr zum Einsatz kommen möchten und heute dem Löschzug Bleienbach oder dem Löschzug Steckholz angehören, mehr eingebunden werden können. Dies kann dann dazu führen, dass je nach Ort, wo ein Ereignis stattfindet, die entsprechende Einsatzgruppe aufgeboden wird, die sich auch bereits vor Ort befindet. Das heisst, dass ein Einsatz in Bleienbach mit den Leuten vor Ort bewältigt wird, ohne dass Einsatzelemente von Langenthal dafür aufgeboden werden. Wie dies dann genau aussieht, ist im Moment noch offen und entspricht der Umsetzung, die dann im Verlauf des nächsten Jahres aufzugleisen ist, damit dann alles per 1. Januar 2024 auch einsatzfähig ist. Bei der Gemeinde Bleienbach und im Ortsteil Steckholz wird weiterhin ein Magazin betrieben, damit auch dort erstes Einsatzmaterial stationiert werden kann, was auch dazu führen soll, dass man mit dem Einsatzmaterial schneller vor Ort ist. Den geografischen Gegebenheiten wird wie beschrieben im Alarmierungsplan Rechnung getragen und es wird weiterhin ein polyvalentes Einsatzelement Logistik- und Führungsunterstützung gebildet, was auch die Sanitäts- und Verkehrsdienste beinhalten kann. Das heisst, dass wir an dieser Struktur grundsätzlich nichts ändern möchten.

Der heute vorliegende Antrag für eine zusätzliche Stelle von 100% im Handlungsfeld «Organisation», führt zu Mehrkosten von etwa rund Fr. 100'000.00 inklusive aller Sozialleistungen, falle es dann effektiv um eine 100%-Stelle geht. Es braucht dann noch einen gewissen Nachkredit für Büromaterial, was damit zu tun hat, dass im Feuerwehrmagazin ein neuer Arbeitsplatz eingerichtet werden muss. Das Schöne ist, dass es das Budget nicht belastet und sich das Budget der Stadtrechnung dadurch nicht erhöhen, da sich die Feuerwehr über verschiedene Einnahmen selber finanziert. Ein recht grosser Teil dieser Einnahmen erfolgt durch die Gebäudeversicherung, die damit teilweise unsere Stützpunktfeuerwehr, die Fahrzeuge und die Gerätschaften finanziert. Selbstverständlich stellt aber auch die Feuerwehrsteuer eine grosse Einnahme dar. Im Moment ist es so, dass die Spezialfinanzierung «Feuerwehr» noch über ein Vermögen von rund 2 Mio. Franken verfügt, was pro Jahr mir Fr. 200'000.00 bis Fr. 300'000.00 abgebaut wird. Das entspricht einem sehr bewussten Entscheid, da diese Spezialfinanzierung «Feuerwehr» vor einigen Jahren gar über

stadtlangenthal

Ergebnis Handlungsfeld "Grobstruktur"

Der Gemeinderat beschliesst:

- Der Bestand der Feuerwehr Langenthal zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben soll mindestens 90 AdF (Feuerwehrstufe B) aufweisen.
- Die Feuerwehr gliedert sich in Einsatzelemente ohne geografische Bindung.
- In der Einwohnergemeinde Bleienbach und im Ortsteil Steckholz wird weiterhin ein Magazin betrieben und Ersteinsatzmaterial stationiert.
- Den geografischen Gegebenheiten wird im Alarmierungsplan Rechnung getragen.
- Es wird ein polyvalentes Einsatzelement mit Logistik und Führungsunterstützung gebildet. Dieses kann zusätzlich aus Sanitätsdienst und Verkehrsdienst bestehen.

18

stadtlangenthal

Ergebnis Handlungsfeld "Organisation"

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat die Zustimmung:

- Erhöhung Stellenetat um zusätzliche 100%
- Nachkredit Büromaterial Fr. 3'200.00
- Einstellen der Kosten ins Budget der Spezialfinanzierung Feuerwehr:

Konto	Institutionelle Gliederung	Aufwand
4400.3010.10	Besoldungen	91'000.00
4400.3050.10	Sozialversicherungsbeiträge AHV, IV, EO, ALV, VK und FAK	7'375.00
4400.3052.10	Pensionskassenbeiträge	9'000.00
4400.3053.10	Unfallversicherungsbeiträge	1'125.00

19



eine Summe zwischen 3 und 4 Mio. Franken verfügte, sodass der Gemeinderat der Meinung war, dass ein Horten von so viel Geld nicht zu verantworten ist, wenn mittelfristig nicht ersichtlich, dass man es braucht. Entsprechend senkte man gleich zu Beginn, als ich dieses Ressort übernahm, die Feuerwehrsteuern, so dass man seither bewusst ein Defizit in Kauf nahm, um diesen Überschuss abbauen zu können. Sobald man feststellt, dass sich dieser Überschuss auf einer vernünftigen Höhe einpendelte, wird man diese Feuerwehrsteuern dann auch wieder erhöhen müssen. Dies ist dann ein Beschluss, den der Gemeinderat zu fällen hat und nicht hier im Stadtrat erfolgt.

Fall Sie heute dieser Stelle zustimmen, beschloss der Gemeinderat bereits, wie dieser Beschluss umzusetzen ist, was ich als wichtig erachte, dass Sie dies heute so zur Kenntnis nehmen können. Dabei würde der Stellenetat im Fachbereich von 575% auf 675% erhöht. Dies würde nicht alleine der Feuerwehr zugutekommen, sondern auch dem Quartieramt und dem Zivilschutz, was hier miteingerechnet wurde. Die Schaffung dieser neuen Stelle «Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter Planung und Ausbildung Feuerwehr» im Umfang von rund 80

bis 100% würde damit eigentlich mehr oder weniger ab sofort bewilligt. Man kann sich dabei durchaus auch vorstellen, dass man jemand nicht zwingend zu 100% einstellt, sondern dass auch 80% genügen. Es geht ja dann schlussendlich darum, dass man jemanden findet, der diese verschiedenen Anforderungen gemäss Stellenausschreibung auch erfüllt. Angedacht ist diese Stelle in der Gehaltsstufe 6. Diese Entscheide fällt der Gemeinderat somit bereits, selbstverständlich unter Vorbehalt Ihrer Zustimmung heute Abend.

Was passiert weiter? Die Arbeitsgruppe FEUERWEHR 20+ wird ihre Arbeit fortführen und man wird überprüfen müssen, wie die jährlichen Entschädigungen insbesondere für den Stab und die Funktionsträger aussehen, da die Aufgaben ja neu aufgeteilt werden und die Pensen nicht mehr gleich aussehen, sodass dabei auch die neuen Gegebenheiten abgebildet werden müssen. Daneben wird dann dem Gemeinderat bis Mitte 2023, gestützt auf, und unter Vorbehalt der Zustimmung des Stadtrats zum Beschluss gemäss Punkt 1, das neue Organigramm zur Genehmigung vorgelegt.

Ganz zum Schluss möchte ich Ihnen noch eine kleine Information weitergeben, die Sie nicht auf diesen Folien finden. Bezüglich dem kurz angesprochenen Handlungsfeld 3 wissen wir, dass der Kommandant per Ende 2023 zurücktritt. Sie sahen dabei, dass wir uns in einer relativ grossen Umbruchphase der Feuerwehr befinden. Entsprechend war es dem Gemeinderat ein Anliegen, dass man auch den Kommandanten der Feuerwehr rechtzeitig bestimmt, damit der neue Kommandant dann auch an der Ausarbeitung der Detailstruktur und Organisation entsprechend mitwirken kann. Ich darf Sie am heutigen Abend darüber orientieren, dass der Vorschlag bei den lokalen Behörden bereits einstimmig gutgeheissen wurde und ab 1. Januar 2024 Christian Giesser für diesen Posten designiert ist. Allerdings muss diese Wahl noch durch den Regierungstadthalter definitiv genehmigt werden. Ich zweifle aber keinen Moment daran, dass er dem nicht entsprechen wird. Ich möchte mich an dieser Stelle dem bisherigen Stelleninhaber recht herzlich danken, auch wenn er selbstverständlich noch im nächsten Jahr im Amt bleibt, aber auch Christian Giesser, dass er sich für dieses Amt zur Verfügung stellt. Voilà. Das war die Präsentation dieses Traktandums. Nochmals ganz kurz zusammengefasst geht es darum, dass die Feuerwehr gerne eine neue Stelle beantragt,

stadtlangenthal

Ergebnis Handlungsfeld "Organisation"

Der Gemeinderat, unter Vorbehalt der Zustimmung des Stadtrats, beschliesst:

- Der Erhöhung des Stellenetats im Fachbereich Feuerwehr, Zivilschutz und Quartieramt von 575 % auf 675 % wird zugestimmt.
- Die Schaffung der neuen Stelle "Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter Planung und Ausbildung Feuerwehr " (80-100 % Pensum) per 1. Januar 2023 wird bewilligt.
- Die neue Stelle "Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter Planung und Ausbildung Feuerwehr" wird in der Gehaltsstufe 6 eingestuft.

20

stadtlangenthal

Vollzug

Die Arbeitsgruppe Feuerwehr 20+ wird beauftragt:

- anlässlich der jährlichen Überprüfung der Jahresentschädigungen 2022 für den Kommandanten und die Funktionsträger/-innen diese zu überprüfen, wenn nötig anzupassen und dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzuschlagen.
- dem Gemeinderat bis am 30. Juni 2023 gestützt auf und unter Vorbehalt der Zustimmung des Stadtrats zum Beschluss Punkt 1. das Organigramm der Feuerwehr Langenthal (Gliederung und Bestand) zur Genehmigung vorzuschlagen.

21



die den Steuerhaushalt aber nicht belastet. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank. Sie merkten vorhin, dass wir da ein bisschen ein Hin und Her hatten mit der Beleuchtung, was noch nicht die ersten Tests für das Stromsparen waren, sondern wir realisierten, dass die Folienprojektion nicht gut lesbar war. Leider waren wir wenig erfolgreich um die Sichtbarkeit zu verbessern. Deshalb schlage ich vor bei allfälligen Verständnisfragen die allgemeine Beratung dafür nutzen und diese dann zu stellen, sodass Ihnen Markus Gfeller oder andere Sachverständige dazu Auskunft geben können. Aus der Geschäftsprüfungskommission liegt keine Berichterstattung vor und wir kommen direkt zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern. Wem darf ich dazu das Wort erteilen?

SP/GL-Fraktion, Linus Rothacher (SP): Herzlichen Dank dem Gemeinderat für seine Ausführungen und der Arbeitsgruppe und dem Lenkungsausschuss für die über die letzten zwei Jahre geleistete Arbeit. Für eine Milizfeuerwehr mit Milizkader, wie es ja in Langenthal der Fall ist, halten wir es für essentiell, dass die Organisation gegenüber den Angehörigen attraktiv ist. In dem Sinn begrüsst unsere Fraktion die Stossrichtung der Strategie FEUERWEHR 20+. Weiter hoffen wir auch, dass unter anderem gerade mit der neuen Organisationsstruktur und weiteren Überprüfungen bezüglich der Entschädigung der Funktionsträgerinnen und Funktionsträger optimale Rahmenbedingungen geschaffen, respektive weiterentwickelt werden können, die die für Langenthal existentielle Tätigkeit der Feuerwehr gewährleistet. Auch beim Stellenetat, um den es hier ja nun konkret geht, begrüsst die SP/GL-Fraktion, dass beim Variantenentscheid dem Willen der befragten Angehörigen der Feuerwehr Rechnung getragen wurde. Sie ist zuversichtlich, dass mit dieser Massnahme eine spürbare Entlastung des Kommandanten, respektive der Kommandantin der Feuerwehr Langenthal sichergestellt werden kann. In dem Sinn werden wir dem Antrag auf Erhöhung des Stellenetats zugunsten des Fachbereichs Feuerwehr zustimmen. An dieser Stelle ist es mir auch noch ein Anliegen den Angehörigen der Feuerwehr hier aus dem Parlament für ihre unzähligen ehrenamtlichen Stunden zu danken. Merci für Ihre Aufmerksamkeit.

FDP/jil-Fraktion, Pascal Dietrich (parteilos): Sie bekamen es wahrscheinlich mit, dass es heute Morgen früh zünftig brannte, zum Glück nicht in Langenthal, sondern in der Bergstation mit dem Botta-Restaurant von Glacier 3000 in Les Diablerets, die in Flammen aufging. Es war dabei extrem schwierig den Brand zu löschen, weil man den Brand nur aus der Luft bekämpfen konnte. Gerade solch grosse Schwierigkeiten haben wir hier in Langenthal zum Glück nicht. Aber es gibt sonst etliche schwierige Einsätze, die dann alle von unserem Sonderstützpunkt Langenthal bewältigt werden. Die FDP/jil-Fraktion freut sich und ist auch stolz darauf, dass wir über einen solchen Sonderstützpunkt verfügen, was für Langenthal nicht zuletzt auch einem Standortvorteil gleichkommt. Wir sind ganz klar der Meinung, dass wir mit unserer Feuerwehr sorgfältig umgehen müssen und dafür besorgt sein sollten, dass sie weiterhin attraktiv bleibt.

Wir möchten all diesen Feuerwehrleuten auch ganz herzlich für ihren Einsatz danken, was nicht selbstverständlich ist und auch früher schon nicht war, aber umso mehr in der heutigen Zeit mit der weiter zunehmenden Belastung in Beruf und Privatleben nicht ist. Merci vielmals. Wir möchten aber auch dem Amt für öffentliche Sicherheit danken, fanden wir doch, dass die Grundlagen, wie sie uns für diesen Entscheid präsentiert wurden, wirklich umfassend und informativ sind. Wir erhielten damit alles gesagt und geschrieben, was wir wissen wollten. Wir sind klar und einstimmig der Meinung, dass wir diesem Geschäft zustimmen, wozu ich die einzelnen Gründe an dieser Stelle nicht mehr ausführen möchte, weil dies Markus Gfeller und mein Vorredner der SP bereits machten. Das leuchtet uns allen ein und wir sind klar der Meinung, dass wir dies so absegnen, ist es doch der richtige Weg, den die Feuerwehr hier einschlägt. Eine kleine Anregung erlaube ich mir am Schluss noch anzubringen. Es gibt im Kanton Bern die eine oder andere Feuerwehr, die bereits eine recht attraktive Jugend-Feuerwehr aufbaute und Jugendliche durch diese Nachwuchsorganisation bereits im Alter von 15 oder 16 Jahren abgeholt werden und man nicht eigentlich wartet, bis sie wirklich erwachsen sind. Das wäre vielleicht etwas, dass man für die weitere Planung dieser Stützpunkt Feuerwehr Langenthal ebenso mitaufnehmen könnte, ob die Einführung einer solchen Jugend-Feuerwehr nicht auch etwas für Langenthal wäre. Wie gesagt machte man an anderen Orten wirklich gute Erfahrungen damit. Abgesehen davon sagen wir aber einfach nur weiter so, danke vielmals und stimmen



einstimmig zu.

SVP-Fraktion, Corinna Grossenbacher (SVP): Ja, was gibt es noch zu sagen, wurde doch schon so viel gesagt, sodass ich mich besonders kurz zu fassen versuche. Die SVP-Fraktion wird einstimmig dem Antrag des Gemeinderates folgen. Warum ist dies relativ einfach? Ich glaube, dass wir Lagenthalerinnen und Langenthaler wirklich stolz auf unsere Feuerwehr sein dürfen. Wir sind noch die Einzigen im Kanton Bern, die dies wirklich noch im Milizsystem durchführen. Was der Bericht wirklich hervorragend herausstrich und mir so auch nicht bewusst war, sind eigentlich die vielen administrativen Stunden, die noch auf die Einsätze draufgepackt werden müssen. Man konnte das sowohl im Bereich der Ausbildung nachlesen, wonach in der Woche jeweils vier zusätzliche Stunden dafür geleistet werden, als auch in Bezug auf den Kommandanten und seinen Stellvertreter, leisten doch beide zusammen zusätzlich circa 300 Stunden im Jahr, das heisst monatlich 25 Stunden allein für administrative Aufgaben. Das ist natürlich unter den heutigen beruflichen Gegebenheiten gar nicht so einfach unter einen Hut zu bringen. Wir hoffen in der Zukunft, dass dadurch vor allen Dingen die Pflege und die Erarbeitung von Einsatzplänen wirklich wieder à jour gebracht werden kann, denn hier geht es um Sicherheit, und am Ende, wenn es dann wirklich brennt, natürlich auch um die Effizienz. Ein grosses Dankeschön auch von unserer Seite an den hervorragend aufbereiteten Bericht. Ich war zwar nur kurz in der Kommission für öffentliche Sicherheit, aber ich muss sagen, dank dem weiss auch ich heute, was ein Einsatzplan ist, dachte ich doch zuerst, dass es etwas mit Ressourcen zu tun hat und nicht mit Gebäuden. Herzlichen Dank, dass auch schon ein neuer Kommandant in den Startlöchern steht und dass er auch noch vom bisherigen eingearbeitet werden kann, was nicht selbstverständlich ist. Vielen herzlichen Dank im Namen der SVP-Fraktion für Eure Einsätze. Merci.

gIp/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (gIp): Wir hörten nun bereits sehr viel und ich möchte deshalb nicht zu lange werden und mich dabei wiederholen. In einem Punkt wiederhole ich mich aber sehr gerne, denn auch wir bedanken uns bei der Feuerwehr und man hofft natürlich, dass man sie nie benötigt, aber falls es einmal so weit ist, ist man sehr froh, wenn sie ready ist, was hier doch sehr gut funktioniert. Dafür gebührt der Feuerwehr ein grosses Merci, ist es doch nicht selbstverständlich, dass man dies noch im Milizsystem macht und dafür die Freizeit opfert. Auch dem Gemeinderat danke ich für den Bericht, den wir mit Wohlwollen zur Kenntnis nahmen. Ich würde dazu noch gerne zwei positive Punkte hervorheben. Erstens ist es vorausschauend, obwohl wir noch kein Problem haben, dass es dennoch angepackt wird, damit wir für die Zukunft gewappnet sind. Wir finden dies vorbildlich. Zweitens finden wir es sehr gut, dass man die Truppe nach den Bedürfnissen der Feuerwehr befragte und dies dann auch beim Entscheid beachtete. In dem Sinn stimmen wir mit der Truppe, der Feuerwehr und auch dem Gemeinderat überein und werden dies einstimmig annehmen. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Herzlichen Dank. Somit hörten wir alle Fraktionen und wir kommen zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Möchte hier jemand Stellung nehmen?

Martin Lerch (SVP): Liebe Feuerwehrkameraden, ich darf das so sagen, bin ich doch Ehrenmitglied des Feuerwehrverbands Oberaargau. Ich hatte das Privileg 21 Jahre sehr intensiv mit der Stützpunktfeuerwehr Langenthal zusammenzuarbeiten. Ich darf sagen, dass ich grossen Respekt und grosses Vertrauen habe, dass es noch immer so ist wie vor 12 Jahren, als ich noch aktiv war. Aber ich komme mit drei kurzen Punkten zur Sache. Die Stützpunktfeuerwehr ist entscheidend wichtig auch für die Region. Ich erlebte x Brände in kleinen Gemeinden und dann aufgeatmet wurde, als die Stützpunktfeuerwehr kam, Unterstützung leistete und tatkräftig mithalf. Sie sahen auch, dass das Portfolio mit all diesen Sonderaufgaben wie Grossventilatoren, Grosstierrettung, Nationalstrassen, Bahnanlagen etc. beeindruckend ist und wie diese Aufgaben alle erfüllt werden. Ich sage noch etwas zur Milizstruktur. Ich bin sehr froh, dass Sie bei diesem Milizkommandoamt bleiben und keinen Profi anstellen. Ich bin überzeugt vom Milizsystem, bringt es doch viel Know-How und Führungserfahrung ein, aber auch Fachwissen. In der Regel wechseln die Milizler auch schneller, was motivierend ist für die Mannschaft und für alle Beteiligten, wenn dort ein regelmässiger Wechsel stattfinden kann. Und somit komme ich zum dritten und letzten Punkt und dabei geht es mir um die Einsatzpläne. Sie sind entscheidend wichtig und ich bitte Sie dies wirklich ernst zu nehmen und dies im Pflichtenheft festzuhalten und zu kontrollieren, dass dafür 30% der Arbeitszeit eingesetzt wird, wenn



möglich auch für die umliegenden Gemeinden. Ich kann Ihnen ein Beispiel geben: Um 03.00 Uhr morgens Alarm aufgrund eines Grossbrands auf dem Gugelmann-Areal in Roggwil. Im Nachhinein stellt sich heraus, dass sich dort 3'000 Tonnen Dünger im Gebäude befinden und niemand davon wusste. Die Feuerwehr ging hinein und bekämpfte den Brand mit Atemschutzgeräten. Wir, der Inspektor und Stadthalter und so weiter standen draussen und was passiert: Die Decke fiel runter und uns lief es kalt den Rücken runter. Gott sei dank und wie durch ein Wunder wurde niemand getroffen. Das ist entscheidend und wichtig, dass solche Informationen aufgenommen und in den Plänen festgehalten werden, sodass eine Entscheidungsgrundlage vorliegt, ob man das Gebäude betritt oder nicht. Und ich gehe davon aus, dass Sie auch die umliegenden Gemeinden unterstützen, beziehungsweise dieser Fachmann, den man dann anstellt. Ich bin sehr überzeugt und danke für die gründliche Vorbereitung, was proaktiv ablief. Wir hörten es, dass die Steuern dadurch nicht ansteigen, sodass wir das strukturelle Defizit anders angehen müssen. Ich gratuliere für die vorgeschlagene Lösung und danke allen bestens für die Vorarbeiten. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher? Ich sehe niemanden. Da es auch keine weiteren Wortmeldungen gibt, erkläre ich die Beratung als geschlossen und frage den Gemeinderat an, ob er nochmals etwas sagen möchte? Das ist nicht der Fall. Dann halte ich noch fest, dass ich davon ausgehe, dass ich bei diesem Geschäft nicht den Stichentscheid zu fällen habe, was ich sehr wertvoll finde und ich glaube, dass die Feuerwehr auf diese Weise wirklich gut für die Zukunft gerüstet ist. Viel Glück und viel Spass. Aber wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates folgen möchte und Ziffer 1 bis Ziffer 4 sowie die Strategie FEUERWEHR 20+ inklusive Finanzierung genehmigen möchte, zeigt dies nun mit der Stimmkarte. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen?

III Abstimmung:

- Der Stadtrat beschliesst, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):

1. Der Bestand an Stellen der Stadtverwaltung wird per 1. Januar 2023 um zusätzliche 100 Stellenprozente erhöht.
2. Der für das Jahr 2022 erforderliche Nachkredit in der Höhe von Fr. 3'200.00 wird zu Lasten der Erfolgsrechnung 2022, Konto 4400.3110.10 "Büromöbel- und Büromaschinen", bewilligt.
3. Die mit der Schaffung der Stelle anfallenden Kosten von jährlich wiederkehrend Fr. 108'500.00 zu Lasten der Spezialfinanzierung Feuerwehr werden bewilligt und im Budget wie folgt eingestellt:

Konto	Institutionelle Gliederung	Aufwand
4400.3010.10	Besoldungen	Fr. 91'000.00
4400.3050.10	Sozialversicherungsbeiträge AHV, IV, EO, ALV, VK und FAK	Fr. 7'375.00
4400.3052.10	Pensionskassenbeiträge	Fr. 9'000.00
4400.3053.10	Unfallversicherungsbeiträge	Fr. 1'125.00

4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat



4. Motion Clavadetscher Diego (FDP), Beyeler Paul (EVP), Freudiger Patrick (SVP) und FDP/jII-Fraktion vom 29. Juni 2020: Führung der mehrheitlich von der Stadt gehaltenen Gesellschaften (Teilbereich A "Informationsfluss"): Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Wir kommen zum nächsten Traktandum Nr. 4. Dabei geht es um die Motion Clavadetscher, Beyeler Paul, Freudiger und FDP/jII-Fraktion zur Führung der mehrheitlich von der Stadt gehaltenen Gesellschaften, Teilbereich A "Informationsfluss". Hierzu wird der Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist gestellt. Nun ist es so, dass es betreffend Bearbeitung der Vorstösse ja Fristen gibt und es hier um eine Verlängerung geht, weshalb es in dem Sinn ein zwingendes Geschäft ist und wir nicht über die Frage des Eintretens diskutieren können.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Entsprechend gehen wir sogleich zur Berichterstattung durch den Gemeinderat über. Dafür zuständig ist Stadtpräsident Reto Müller, Ressortvorsteher Präsidiales.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ich möchte in aller Kürze darauf eingehen. Sie konnten alle massgeblichen Informationen, warum wir diese Fristverlängerung benötigen, bereits dem Bericht & Antrag entnehmen. Nachdem wir dies für die eine Gesellschaft bereits machten und nun daran sind die neuen Prozesse zu implementieren, möchten wir dies nun ebenfalls für die anderen Gesellschaften vornehmen und seriös umsetzen. Ich melde mich deshalb hier noch zu Wort, weil Sie auch zur Kenntnis nehmen konnten, dass der Gemeinderat entgegen des Antrags der Verwaltung der Meinung war, sich die Frist nicht bis in das Jahr 2025 geben lassen, sondern eine Fristverlängerung bis zum 30. September 2024 beantragt. Der Gemeinderat beabsichtigt bis zum Ende seiner Legislatur, respektive im Rahmen der jetzigen Zusammensetzung des Gemeinderates im Sinne der Motion wirken. Deshalb wurde die Frist gegenüber dem Antrag der Verwaltung dementsprechend verkürzt. Merci vielmals, wenn Sie dies so genehmigen können.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank. Aus der Geschäftsprüfungskommission gibt es keine Berichterstattung und so käme mit Diego Clavadetscher bereits der Sprecher der Motion an die Reihe.

Sprecher der Motion, Diego Clavadetscher (FDP): Ich verzichte.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank. So kommen wir zu den Fraktionen. Darf ich jemandem von den Fraktionen das Wort erteilen? Ich sehe niemanden. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Auch da sehe ich keine Wortmeldung. Gibt es weitere Wortmeldungen, eventuell noch vom Gemeinderat? Nein, somit erkläre ich die Beratung als geschlossen. Da auch der Sprecher der Motion wohl gerade noch einmal auf ein Votum verzichtet, kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates auf Fristverlängerung bis Ende September 2024 und dem nachfolgenden Vollzug ebenso zustimmen möchte, erhebt nun dazu seine Stimmkarte. Gibt es ein Gegenmehr? Gibt Enthaltungen?

III Abstimmung:

- Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig¹:

1. Die Fristverlängerung bis 30. September 2024 für die Umsetzung der Motion Clavadetscher Diego (FDP), Beyeler Paul (EVP), Freudiger Patrick (SVP) und FDP/jII-Fraktion vom 29. Juni 2020: Führung der mehrheitlich von der Stadt gehaltenen Gesellschaften (Teilbereich A "Informationsfluss") wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

¹ Zwei Stadratsmitglieder sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Saal anwesend.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 19. September 2022

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



5. Motion der SP/GL-Fraktion und der glp/EVP-Fraktion vom 1. November 2021: Aktive Förderung von Fahrgemeinschaften zwischen Autofahrer:innen: Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Bei Traktandum Nr. 5 geht es um die Berichterstattung und die Abschreibung der Motion der SP/GL-Fraktion sowie der glp/EVP-Fraktion vom 1. November 2021 zur aktiven Förderung von Fahrgemeinschaften zwischen Autofahrer:innen. Das Eintreten zu diesem Geschäft ist zwingend und wir gehen direkt in die Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Es gibt keine Berichterstattung aus dem Gemeinderat, da eine schriftliche Stellungnahme vorliegt und es gibt auch aus der Geschäftsprüfungskommission keine Berichterstattung. So frage ich nun an, wer für die Motionärinnen und Motionäre das Wort hat? Wem darf ich das Wort dazu erteilen?

Sprecherin der Motion, Nadine Wasem (GL): Wir danken dem Gemeinderat für die Antwort dieses geleiferten Prüfberichts. Für das Ziel, Treibgasemissionen zu senken, braucht es verschiedene Massnahmen, die umgesetzt werden müssen. Eine davon wäre eben, diese Fahrgemeinschaften aktiv zu fördern. Der Gemeinderat nannte in seiner Antwort drei Varianten, die einzeln oder auch in Kombination realisierbar sind. Das rein digitale Angebot von einer Vermittlungsplattform, das heisst von einer App, ist vor allem für den Pendlerverkehr attraktiv und auch kostengünstig in der Umsetzung. Die beiden anderen Varianten sind ortgebundene Angebote. Eines davon ist ein physisch digitales Angebot, das unter Nennung von Beispielen via App angeboten wird und die Nutzer an festgelegten Mitfahrpunkten mitnimmt. Daneben gibt es ein analoges Angebot mit einem «Mitnahme-Bänkli», das sich an verkehrsreichen Ortsausgängen in der ganzen Region platzieren lassen. Beide sind prima für Freizeit- und Pendlerverkehr nutzbar. Alle drei Varianten werden nun in der Erarbeitung von Klima- und Mobilitätsstrategie näher geprüft. Nach meiner Meinung gehört das rein digitale Angebot sowie mein Favorit «Mitfahr-Bänkli» nicht in diese Strategie. Wir als Fraktion sehen somit gespannt dieser Fertigstellung dieser Strategie auf das nächste Jahr entgegen mit der Erwartung einer Umsetzung zur aktiven Förderung von Fahrgemeinschaften. Abschreiben ist okay, aber bitte aktiv bleiben für ein besseres Klima. Danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Somit kommen wir zu den Fraktionen. Wem darf ich das Wort geben?

glp/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (glp): Wir freuen uns natürlich, dass der Gemeinderat diese Fahrgemeinschaften in die Klima- und Mobilitätsstrategie aufnehmen will. Von dem her sind wir auch mit der Abschreibung einverstanden. Von diesen drei vorgeschlagenen Varianten bevorzugen wir die digitale Lösung, da sie vor allem beim Pendlerverkehr greift, zumal wir in Langenthal ein Verkehrsproblem haben und gleichzeitig auch der kostengünstigsten Variante mit dem sicherlich besten Preis-/Leistungsverhältnis entspricht. Wir werden aber weiterhin ein Auge darauf haben, ob diese Fahrgemeinschaften dann auch effektiv in dieser Klima- und Mobilitätsstrategie enthalten sind.

FDP/jil-Fraktion, Jana Fehrens (FDP): In Fragen von Klima und Umweltschutz ist der Handlungsbedarf unbestritten. Jede Massnahme, die wir umsetzen können, leistet einen wichtigen Beitrag. Doch manchmal macht es Sinn, einzelne Massnahmen in einem grösseren Kontext zu stellen und einzubetten, zum Beispiel in die Klima- und Mobilitätsstrategie der Stadt Langenthal. Und deshalb wird meine Fraktion dem Antrag des Gemeinderates folgen. Vielen Dank.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank. Gibt es weitere Fraktionen? Ich sehe niemanden. Gut, somit kommen wir zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Darf ich jemanden das Wort erteilen? Auch hier meldet sich niemand zu Wort. Gibt es weitere Wortmeldungen oder wünscht sich der Gemeinderat noch zu äussern? Nein, somit schliesse ich die Beratung. Möchte sich die Sprecherin der Motion nochmals zu Wort melden. Nein, auch nicht. Wir kommen demnach zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziffer 1 und Ziffer 2 folgen, die Motion abschreiben und das



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 19. September 2022

Stadtratssekretariat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, zeigt die nun mit der Stimmkarte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

- Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:
 1. Die Motion mit Richtliniencharakter der SP/GL-Fraktion und der glp/EVP-Fraktion vom 1. November 2021: Aktive Förderung von Fahrgemeinschaften zwischen Autofahrer:innen wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.
 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



6. Postulat Howald Carole (JII) vom 11. Mai 2020: Mehr CivicTech für die Mitwirkung und politische Partizipation: Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Wir kommen zum sechsten Traktandum mit Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung des Postulats von Carole Howald betreffend «Mehr CivicTech für die Mitwirkung und politische Partizipation». Das Eintreten zu diesem Geschäft ist zwingend und wir gehen direkt zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Auch hier liegt keine Berichterstattung des Gemeinderates vor, weil schriftlich dazu Stellung genommen wurde und aus der Geschäftsprüfungskommission gibt es ebenso wenig eine Berichterstattung. Die Sprecherin des Postulats ist nicht mehr Mitglied des Stadtrates und kann deshalb nicht dazu Stellung nehmen. Gibt es Fraktionen, die sich zu diesem Postulat äussern möchten? Wem darf ich dazu das Wort erteilen?

FDP/JII-Fraktion, Pascal Dietrich (parteilos): Ich möchte mich nur ganz kurz äussern. Auch dieses Thema ist sehr breit gefächert. Dies wurde nach unserer Auffassung mit diesem Prüfbericht sehr umfassend und kompetent abgehandelt und wir danken dafür; aber auch die Postulantin, die jetzt nicht mehr in unserer Fraktion ist, bedankt sich und zeigt sich mit dieser Berichterstattung zufrieden. Wir haben nichts gegen die Abschreibung und gehen davon aus, dass es – wie dargelegt, in verschiedener Art und Weise weiterverfolgt wird. Danke vielmals.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke bestens. Gibt es weitere Fraktionen, die sich zu diesem Postulat äussern möchten? Nein, so kommen wir zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Gibt es von Ihnen in dieser Eigenschaft Wortbedarf?

André Rentsch (JII): Ich telefonierte heute Morgen noch kurz mit Carole Howald. Wie Pascal Dietrich bereits ausführte, ist sie mit diesem umfassenden Bericht auch zufrieden. Ich selber bin es auch, finde ich doch, dass die Stadt Langenthal in dieser Richtung viel unternahm. Ich weise nochmals gerne darauf hin, dass die ganze Digitalisierung und die Möglichkeiten, die daraus entstehen, sehr schnelllebig sind und ich hoffe, dass auf der Verwaltung auch neue technologische Fortschritte aufgenommen und danach auch umgesetzt werden. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Ich sehe niemanden. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wünscht der Gemeinderat sich noch zu äussern? Wenn dem nicht so ist, erkläre ich die Beratung für geschlossen und wir kommen bereits zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates so zustimmen möchte und somit das Postulat vom Protokoll als erledigt abschreiben und das Sekretariat des Stadtrates mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, soll nun bitte die Stimmkarte erheben. Gibt es Gegenstimmen? Möchte sich jemand der Stimme enthalten?

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig⁵:

1. Das Postulat Howald Carole (JII) vom 11. Mai 2020: Mehr CivicTech für die Mitwirkung und politische Partizipation wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.
2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

⁵ Ein Stadratsmitglied befindet sich während der Abstimmung nicht im Saal.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 19. September 2022

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



7. Postulat (gewandelte Motion) der SVP-Fraktion vom 11. Mai 2020: Vorgehen zum Abbau der anstehenden und eingereichten Baugesuche: Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Es folgt Traktandum Nr. 7 mit der Berichterstattung und dem Antrag auf Abschreibung bezüglich des Postulats (gewandelte Motion) der SVP-Fraktion in Sachen Vorgehen zum Abbau der anstehenden und eingereichten Baugesuche. Auch hier gilt es zwingend darauf einzutreten und wir gehen zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Eine Berichterstattung des Gemeinderates liegt keine vor, da diese schriftlich abgegeben wurde. Auch die Geschäftsprüfungskommission legte dazu keinen Bericht vor. Nun könnte sich die Sprecherin oder der Sprecher des Postulats verlauten lassen. Darf ich jemandem das Wort geben.

Sprecher des Postulats, Stefan Grossenbacher (SVP): Wir sind nicht gegen eine Abschreibung dieses Postulats, aber erlauben Sie mir dennoch noch ein paar Worte dazu. Seit der Einreichung dieses Vorstosses vergingen zwei Jahre. Zwei Jahre voller Erfahrungen, die gesammelt werden konnten. Leider ist man auf dem Bauamt nicht weiter. Die Vollbesetzung ist da und befindet sich in vollem Einsatz, sodass gemäss Regierungstadthalter das Amt «im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen ordnungsgemäss geführt und verwaltet wird.» Also, es ist alles in Ordnung, aber wir sind eigentlich gar noch nicht weiter, stehen doch immer noch 120 Baugesuche offen, die noch nicht beantragt und bewilligt wurden. Wir sind somit noch nicht weiter als vor zwei oder fünf Jahren. Seitens der Gesuchsteller ist das einfach nicht zu begreifen, wenn man sich dazu keine Gedanken macht, dass etwas bezüglich des Ablaufs eines eingereichten Baugesuchs geändert werden muss.

Als Beispiel nenne ich eine Heizungssanierung mit einer Wärmepumpe. Das kann man im Schnellverfahren bewilligen und ist dann in einer halben Stunde erledigt. Aber nein, es wird unter die Beige geschoben und nach drei Monaten folgt dann vielleicht ein Bericht, dass etwas fehlt. Zweites Beispiel: Da wurde eine Fassadensanierung eingereicht und nach zwei Monaten erhält der Bauherr Bericht, dass das Formular in Sachen Erbebensicherheit nicht eingereicht wurde. Das begreift kein Bürger. Was soll nun diese Fassadensanierung, ein bisschen Farbe und Gips mit der Erbebensicherheit seines Hauses zu tun haben? Danach reicht er dieses entsprechende Formular ein und die Frist für das Baugesuch begann von vorne. Das kann doch nicht sein, wenn man hier keine Einsicht zeigt, dass dies endlich ein wenig studiert und auf einen Weg gebracht werden sollte, um vorwärts zu kommen. Es muss eine Triage vorgenommen werden, dass bei Abgabe des Baugesuchs eine Kontrolle mit einem Formular durchgeführt wird. Daraufhin wird innerhalb von zwei Tagen kommuniziert, was fehlt. Dann folgt eine Triage nach Baugesuch A, Baugesuch B und Baugesuch C. Die C-Baugesuche können sogleich durchgelassen und erledigt werden. Fertig. A-Baugesuche brauchen ein bisschen länger und B-Gesuche benötigen ebenso etwas mehr Zeit, aber dann hat man alles sauber getrennt und kann besser damit arbeiten. Wenn wir nun einfach wie bisher weiterfahren, so werden wir noch mehr Leute verärgern und Investoren werden wir schon gerade gar keine mehr nach Langenthal bringen können. Wenn keine Änderung eintritt, werden einfach weitere Vorstösse eingereicht werden, bis sich hier endlich einmal die Leute überlegen, wie dies geändert werden kann. Danke.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. So kommen wir zu den Fraktionen. Möchte hier jemand von Fraktionen das Wort ergreifen? Möchten sich Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher äussern? Ich sehe niemanden. Gibt es weitere Wortmeldungen? Vom Gemeinderat?

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Also, ich bin mir viel gewohnt und bin ja auch schon lange dabei und ich weiss, dass man als Mitglied eines Parlaments alles erzählen kann, geniesst man doch einen umfassenden Schutz. Aber es ist einfach nicht wahr, Stefan. Wenn Du hier nach wie vor behauptest, dass es in den letzten Jahren keine Verbesserungen gab, wir keine Sofortmassnahmen ergriffen und wir nicht alles unternahmen um die ganzen Verfahren zu beschleunigen, dies notabene als Mitglied der Bau- und Planungskommission,



so muss ich dies einfach als unwahr zurückweisen. Insbesondere auch klar gegenüber unserer Kompetenz und der Verantwortung dieser Führung und dieser korrekten Führung dieser Stadtverwaltung. So muss ich sagen: «Das stimmt einfach nicht.» Natürlich kann man sich fragen, was der Regierungstadthalter denn schon genau weiss. Er stellte fest, dass alles korrekt abläuft. Sorry. Nun kann einem das passen oder nicht. Es werden zum Beispiel auch immer wie mehr Baugesuche eingereicht. Man kann hier Beispiele nennen und sich darüber beklagen, warum das alles so lange geht, hat man sowas doch in einer halben Stunde erledigt. Wir führten ein Schnellverfahren ein, aber wir müssen Wärmepumpen-Gesuche im Kanton Bern publizieren. Wir müssen sie sogar zweimal publizieren. Allein das Publizieren kostet gemäss den Tarifen vom Anzeiger Fr. 480.00 und entspricht einer Vorschrift des Kantons Bern, die wir auch in Langenthal anzuwenden haben. Das Formular «Erdbebensicherheit» ist etwas, was in der Bauverordnung des Kantons Bern einverlangt wird. Sie müssen in diesem Baugesuch diese drei Kreuzchen einfügen, und wenn jemand diese drei Kreuzchen nicht machen kann, so helfen wir diese drei Kreuzchen korrekt einzufügen, wenn wir feststellten, dass diese drei Kreuzchen bei der Erdbebensicherheit fehlten. Es wäre nicht wahnsinnig schwierig. Aber es ist auch dort so, dass wir dies prüften und im Gegensatz zu anderen Gemeinden im Oberaargau verlangen wir diese drei Kreuzchen jetzt nicht mehr überall. Für Details gebe ich Ihnen gerne einmal an anderer Stelle Auskunft, aber ich möchte hier deutlich festhalten, dass wenn Sie in der Verantwortung als Parlamentarierin und Parlamentarier die ganze Zeit gebetsmühlenartig unsere Verwaltung schlecht reden, so platzt dem Gemeinderat zwischendurch einfach auch einmal der Kragen. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. Somit erkläre ich die Beratung zu diesem Geschäft für geschlossen und frage Stefan Grossenbacher, ob er nochmals ein Schlusswort halten möchte? Dem ist nicht so. So kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates zustimmen möchte und das Postulat abschreiben und das Sekretariat des Stadtrates mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, soll bitte jetzt die Stimmkarte in die Höhe halten. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

- Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):
 1. Das Postulat (gewandelte Motion) der SVP-Fraktion vom 11. Mai 2020: Vorgehen zum Abbau der anstehenden und eingereichten Baugesuche wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.
 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8. Motion FDP/jll-Fraktion, Fankhauser Janosch (SVP), Häfliger Dyami (glp) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2022: Ferienheim Oberwald: Reglementarische Grundlagen anpassen: Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Unter Traktandum Nr. 8 geht es um die Stellungnahme zur Motion der FDP/jll-Fraktion, Janosch Fankhauser, Dyami Häfliger und Mitunterzeichnende zum Ferienheim Oberwald: Reglementarische Grundlagen anpassen. Nun, das Eintreten zu diesem Geschäft ist Pflicht und es folgt direkt die Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Auch hier liegt seitens des Gemeinderates eine schriftliche Stellungnahme vor, sodass keine mündliche Berichterstattung erfolgt. Eine Berichterstattung aus der GPK ist hingegen vorgesehen und wird durch Dyami Häfliger erfolgen.

Sprecher der GPK, Dyami Häfliger (glp): Die GPK beriet an der Sitzung vom 5. September 2022 die traktandierte Motion «Ferienheim Oberwald: Reglementarische Grundlagen anpassen» vor. Die GPK verneint die formelle Richtigkeit einstimmig. Weiter stellt die GPK einstimmig den nachfolgenden Antrag: Ziffer 2 des Beschluss-entwurfs bezüglich der Frage der Erheblichkeitserklärung soll beschränkt und unter Ziff. II, Ziffer 1 wie folgt abgeändert werden: «Die Motion der FDP/jll-Fraktion, Fankhauser Janosch (SVP), Häfliger Dyami (glp) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2022: Ferienheim Oberwald: Reglementarische Grundlagen anpassen, wird erheblich erklärt.» Ziffer 2 lautet: «Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt». Wie kam es zu diesem Beschluss der GPK, zu dem ich Ihnen gerne kurz die Begründung der GPK darlege? Aus Sicht der GPK ist es nicht möglich, zum Zeitpunkt der Erheblichkeitserklärung sachlich über eine Einschränkung der Motion abzustimmen.

Die GPK hat Verständnis dafür, dass der Gemeinderat mit seinem angedachten Vorgehen mehr von den Motionären über die Motion erfahren möchte. Dieser aber vom Gemeinderat angedachte Weg ist nicht korrekt. Wenn der Gemeinderat wünscht, den Willen der Motionäre genauer zu eruieren, so bietet sich dazu die Stadtratsdebatte an. Hier kann der Gemeinderat in seinem Votum die entsprechenden Fragen stellen und die Motionäre können mit ihrer Stellungnahme entsprechend darauf antworten. Natürlich gibt es auch zusätzliche informelle Wege dafür. Der vorliegende Beschlussentwurf des Gemeinderates ist aus Sicht der GPK doch etwas unglücklich formuliert und könnte auch in Bezug auf zukünftige Motionen ein Präjudiz schaffen. Zudem ist die GPK der Meinung, dass die Abstimmung, wie im Beschlussentwurf vorgeschlagen, so nicht umsetzbar ist. Es ist nicht möglich, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, über beide Varianten separat abzustimmen. Der eine Antrag lautet auf Streichung des Artikels und der andere auf eine Kann-Formulierung. Es könnten beispielsweise beide Anträge angenommen werden, was schlussendlich zu keiner Lösung führen würde. In dem vom Gemeinderat beantragten Szenario wird nicht nur über die Erheblichkeitserklärung abgestimmt, sondern es würde damit gleichzeitig auch über die Streichung dieses Artikels oder über die mögliche Kann-Formulierung befunden. Auf diese Art und Weise wird eine materielle Entscheidung ohne stadträtliche Debatte mit ausgearbeiteter Vorlage und allfälligen Varianten vorweggenommen. Auch würden die Hintergrundüberlegungen zu diesen verschiedenen Varianten zum aktuellen Zeitpunkt fehlen und man würde keine Informationen bekommen, weshalb beispielsweise eine Streichung Sinn machen und welche Folgen dies zeitigen würde. Würden man nun dem gemeinderätlichen Beschlussentwurf folgen, könnte ein missverständliches Resultat entstehen. Aus diesen Gründen verneinte die GPK einstimmig die formelle Richtigkeit.

Die GPK ist aber gleichzeitig der Meinung, dass das Geschäft inhaltlich grundsätzlich korrekt ist, einzig aber dieser Beschlussentwurf aus ihrer Sicht in Frage gestellt werden sollte und nicht korrekt ist. Aus diesem Grund weist die GPK das Geschäft als solches und Ganzes nicht per se zurück. Gerade auch im Sinn der Sache weist die GPK dieses Geschäft eben nicht zurück, sondern stellt gemäss Art. 21 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates diesen vorliegenden Änderungsantrag, wie Sie ihn hier auf der auf der Leinwand projiziert sehen. Besten Dank.



Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Entschuldigung, ich habe noch kurz eine Verständnisfrage, sodass Du bitte noch schnell am Rednerpult bleiben könntest. Das betrifft nun als Ziff. II, 1. Der Gemeinderat beantragte noch «für den Fall der Wandelung der Motion» – das ist hier mit dem Antrag der GPK nicht erfasst und ich sehe es somit richtig?

Sprecher der GPK, Dyami Häfliger (glp): Das ist meiner Meinung nach korrekt.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Das wäre also in dem Sinn so, dass auch wenn es hier nicht aufgeführt ist, nicht ändern würde.

Sprecher der GPK, Dyami Häfliger (glp): Meiner Meinung nach nicht, aber Irrtum vorbehalten lasse ich mich gerne korrigieren.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Gut, merci vielmals. So kommen wir jetzt noch zum Sprecher oder der Sprecherin der Motion. Wem darf ich dazu das Wort erteilen?

Sprecherin der Motion, Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Die vorliegende Motion möchte der Stadt Handlungsfreiheit verschaffen. Der Inhalt bezieht sich weder auf die Durchführung von Ferienlagern, noch auf die finanziellen Beiträge der Stadt an die Stiftung Ferienheim Oberwald. Die Motion bezweckt einzig, dass eine reglementarisch zwingende Verknüpfung zwischen Ferienlager der Stadt und dem Ferienheim Oberwald aufgehoben wird und dass so den politischen Gremien in Zukunft mehr Handlungsspielraum zur Verfügung steht. Es gibt verschiedene Möglichkeiten dies zu machen, sei es durch eine Kann-Formulierung, wie wir es hörten, oder warum kann nicht anstatt von Ferienlager von Ferienaktivitäten gesprochen werden, sodass Oberwald beispielsweise auch im Rahmen der Ferieninsel genutzt werden könnte? Um diesen Handlungsspielraum zu erreichen, brauchen wir eine Stellungnahme des Gemeinderates. Deshalb unterstützen wir auch als FDP/jll-Fraktion den Antrag der GPK.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. Bevor wir nun den Antrag der GPK förmlich beraten und darüber abstimmen, gebe ich das Wort gerne zuerst an die Fraktionen, dass sie sich zum Vorstoss als solches äussern und gegebenenfalls bereits auch zum Antrag der GPK. Wem darf ich in dieser Funktion das Wort erteilen? Gibt es keine Fraktionen, die sich dazu äussern möchten? Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher, die sich zum Vorstoss vernehmen lassen möchten? Ich sehe niemanden. So kommen wir zur Beratung dieses GPK-Antrags, der von Dyami Häfliger vorgestellt wurde. Gibt es zu diesem Antrag im engeren Sinn Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Ich sehe niemanden. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher?

SP/GL-Fraktion, Nathalie Scheibli (SP): Wir unterstützen das, weil uns dies Gelegenheit gibt, eine breite politische Diskussion zu führen. Die Einschränkung des Gemeinderates ist aus unserer Sicht nicht abschliessend, würde es doch vielleicht noch andere Möglichkeiten geben, die man verfolgen könnte. Zudem erachten wir es als wichtig, dass auch in den vorberatenden Behörden die Diskussion geführt werden kann. Als Schulleitungen unterstützen wir auch, dass man auch einmal über diesen Artikel diskutiert. Dieser Artikel verfügt über drei Absätze und jeder Absatz könnte diskutiert und auch verändert werden. Wir merkten in den vergangenen Jahren, dass es immer schwieriger wurde, Leute aus dem Lehrkörper zu finden, die Lager leiten gehen. Auch diesbezüglich könnten neue Wege beschritten und andere Felder oder andere Gruppen in diese Ferienlagerleitung miteinbezogen werden. Deshalb unterstützen wir den Antrag der GPK.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank. So verstand ich es richtig, dass Du nun in dem Sinn für die Fraktion SP/GL redetest und nicht als Einzelsprecherin? Nur, damit dies richtig festgehalten wird. Ist das so? Gut, besten Dank. Somit wiederhole ich die Frage, ob es noch weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher gibt? Ich sehe niemanden. So frage ich, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt? Möchte sich noch einmal der Gemeinderat dazu äussern? Das ist nicht der Fall, sodass wir nun zur Abstimmung über den Antrag der Geschäftsprüfungskommission kommen. Dabei geht es bei Ziff. II, 1. darum, dass es in dem Sinn keine Unterteilung mehr in eine Variante A oder eine Variante B gibt, sondern direkt um die Erheblicherklärung geht. Wer dem Antrag der GPK so zustimmen kann, soll nun bitte Handzeichen geben.



Wer stimmt dagegen? Wer möchte sich enthalten? So kommen wir nun zu Ziffer 2: «Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.» Ich denke, dass wir dazu keine Diskussion benötigen, da dies im Prinzip bereits geführt wurde. Wer auch diesem Antrag der GPK zustimmen möchte, zeigt dies nun an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den GPK-Antrag Ziff. II, 1.

39 Ja einstimmig angenommen

0 Nein

0 Enthaltungen

Abstimmung über den GPK-Antrag Ziff. II, 2.

39 Ja einstimmig angenommen

0 Nein

0 Enthaltungen



Stadtrat
Montag, 19. September 2022, Traktandum Nr. 8

stadtlangenthal

Antrag GPK

Der Stadtrat, [...], beschliesst:

I. [wie Beschlussentwurf]

II. 1. Die Motion der FDP/jl-Fraktion, Fankhauser Janosch (SVP), Häfliger Dyami (glp) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2022:

Ferienheim Oberwald: Reglementarische Grundlagen anpassen **wird erheblich erklärt.**

2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Somit kommen wir zur Frage des Vorstosses an sich zurück. Gibt es dazu noch Wortmeldungen?

SP/GL-Fraktion, Saima Sägesser (SP): Wie Sie es vielleicht bemerkten, verunsicherte uns die Diskussion über das Abstimmungsprozedere insofern etwas, als dass wir nicht genau wussten, wann die inhaltliche Diskussion erfolgt. Somit komme ich nun zum Inhalt. Wir stimmten nun dem GPK-Antrag zu, weil wir grundsätzlich über dieses Reglement abstimmen können möchten und dementsprechend fielen die Stimmen bezüglich der Erheblicherklärung in der SP/GL-Fraktion sehr unterschiedlich aus und waren verschieden verteilt, was zu vielen Enthaltungen in der Fraktionssitzung führte. Vielleicht hat sich dies bis heute Abend geklärt, aber es gibt keine klare Haltung zu diesem Vorschlag zur Änderung dieses Reglements. Ganz bestimmt lehnen wir allerdings eine Streichung dieses Artikels ab, sondern befürworten, wenn überhaupt, nur eine Anpassung. Dementsprechend stimmten wir diesem GPK-Antrag zu, weil damit der Handlungsspielraum, im Gegensatz zum Vorschlag des Gemeinderates, wonach man sich für die eine oder andere Variante hätte entscheiden müssen, offengelassen wird. Wir schauen nun erst einmal wie die Debatte weitergeht.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank. Das wird dann Gegenstand sein, wenn der Entwurf des Gemeinderates im Stadtrat zur Diskussion steht. Gibt es ansonsten noch weitere Wortmeldungen aus der Mitte des Rats? Wenn dies nicht zutrifft, erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wünscht nun nochmals die Sprecherin der Motion das Wort? Nein, das ist auch nicht der Fall, besten Dank. So kommen wir zur Abstimmung. Sie sahen, dass wir nun diesen Antrag des Gemeinderates so änderten, dass wir erstens bei Ziff. II 1. die Varianten bezüglich Streichung oder Kann-Formulierung in Art. 34 dieses Reglements rausnahmen und die Formulierung nun einfach «wird erheblich erklärt» lautet und zweitens unter Ziff. II 2. neu vom Gemeinderat die Rede ist und nicht mehr vom Sekretariat des Stadtrats, der nun mit dem weiteren Vollzug beauftragt wird. Als erstes gilt es nun aber über die Qualifikation dieser Motion befinden. Der Gemeinderat beantragt die Motion als Motion mit Weisungscharakter zu qualifizieren. Wer dem so zustimmen kann, soll nun bitte die Stimmkarte erheben. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? So kommen wir jetzt zu Ziff. II. Wer dem jetzt gemäss GPK-Antrag modifiziert vorliegenden Antrag zustimmen kann, zeigt dies mit der Karte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 19. September 2022

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):

I. Die Motion FDP/jll-Fraktion, Fankhauser Janosch (SVP), Häfliger Dyami (glp) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2022: Ferienheim Oberwald: Reglementarische Grundlagen anpassen wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.

■ Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein und 1 Enthaltung:

II. 1. Die Motion FDP/jll-Fraktion, Fankhauser Janosch (SVP), Häfliger Dyami (glp) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2022: Ferienheim Oberwald: Reglementarische Grundlagen anpassen wird erheblich erklärt.

2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



9. Motion Sägesser Saima Linnea (SP), Scheibli Nathalie (SP), Gerber Cornelia (SP) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2022: Wiedereinführung der KulturLegi: Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Bei Traktandum Nr. 9 geht es um die Stellungnahme zur Motion von Sägesser, Scheibli, Gerber und Mitunterzeichnende betreffend die Wiedereinführung der KulturLegi. Das Eintreten auf diesen Vorstoss ist zwingend und es folgt die Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Auch hier gib es keine Berichterstattung des Gemeinderates, weil er sich schriftlich dazu vernehmen liess. Auch die GPK verzichtete auf eine Berichterstattung. Nun ist die Frage, wer sich im Namen der Motion Stellung nehmen möchte?

Sprecherin der Motion, Saima Sägesser (SP): Es geht hier ja um die Wiedereinführung der KulturLegi. Etwa 200 Langenthalerinnen und Langenthaler könnten von Vergünstigungen in Langenthaler Institutionen profitieren, wäre die Stadt Partnerin der KulturLegi. Die KulturLegi funktioniert sehr simpel, indem Gemeinden Partnerinnen werden können und dazu eine entsprechende Offerte erhalten, was das ihnen kosten. Im Fall der Stadt Langenthal wären dies Fr. 6'300.00, die die Caritas dafür in Rechnung stellen würde. Dafür könnten dann Langenthalerinnen und Langenthaler diesen KulturLegi-Ausweis beziehen. Damit könnte man beispielsweise mit einem Rabatt von 50% das Stadttheater oder das Kunsthhaus besuchen oder ein Quartal lang um 30% günstiger im Dance Center tanzen oder ein Jahr Karate machen gehen. Die ganze Administration und Kommunikation dieser Angebote würde dabei die KulturLegi selber übernehmen und dementsprechend der ganze Aufwand für die Stadt sehr günstig ausfällt. Die KulturLegi ist für Menschen mit geringerem finanziellem Einkommen eine Möglichkeit am sozialen, kulturellen und sportlichen Leben teilzunehmen. Für die Institutionen ergibt sich daraus ebenso einen Mehrwert, weil dadurch ein diverses Publikum erreicht werden kann. Wenn Institutionen bei der KulturLegi mitmachen möchten, basiert dies auf Freiwilligkeit und Kosten fallen keine an.

Die Sache ist aber so, dass die Langenthaler Institutionen, die ich soeben aufzählte, dieses Angebot dieser Vergünstigung nicht mehr für Langenthalerinnen und Langenthaler anbieten können, weil diese die KulturLegi eben nicht mehr beziehen können, da die Stadt nicht mehr Partnerin ist. Das heisst, dass Bewohner:innen aus anderen Gemeinden aus der ganzen Schweiz, beispielsweise aus Herzogenbuchsee, die diese KulturLegi ausgestellt erhalten, von den Vergünstigungen in Langenthal profitieren können, die eigene Stadtbevölkerung hingegen nicht. Ich finde das etwas seltsam, dass die Stadt so etwas nicht ermöglichen möchte und nicht zuletzt auch unverständlich, zumal ja die Caritas seit 2021 ein günstigeres Angebot macht, da mittlerweile ein neuer Berechnungsschlüssel zur Anwendung gelangte. Diese Fr. 6'300.00 sind somit ein sehr kleiner Posten in unserem städtischen Budget, der aber eine grosse Wirkung für mindestens 200 Personen zeitigt, die diese KulturLegi in Anspruch nehmen könnten.

Das Argument, dass Posten, die innerhalb der Sparrunden gekürzt wurden, nicht sogleich wieder eingeführt werden können, finde ich hier ein bisschen zu einfach. Wo kommen wir hin, wenn man beim Feststellen, dass hier eine Lücke herrscht und man etwas wieder einführen sollte, weil es nicht gut ist, dass es dies nicht mehr gibt, es nicht mehr wagen darf, dies nochmals zur Sprache zu bringen? Nur weil etwas einmal weggestrichen wurde, heisst dies noch lange nicht, dass es sich dabei um eine gute Entscheidung handelte. Es wäre vielleicht auch ehrlicher gewesen, zu schreiben und zu sagen, dass man in diesem Fall nun wirklich entschied, bei den ärmeren Leuten auf Kosten ihres sozialen und kulturellen Lebens zu sparen, anstatt einfach die Sparrunden als Argument für ein Allerheilmittel zu verwenden. Natürlich hätten wir im letzten Jahr anlässlich der Budgetdebatte den Fokus daraufsetzen können, diesen Budgetposten anzufechten und eine Wiedereinführung zu verlangen. Doch wie Sie sich vielleicht erinnern mögen, fokussierten wir uns dannzumal auf etwas anderes, zumal die Debatte ja endlos wäre, wenn man jeden Posten einzeln angehen möchte. Nun machen wir dies eben hier mit diesem Vorstoss, weil den Eindruck haben, dass dieses Thema mehr Aufmerksamkeit verdient und es auch verdient entsprechend angegangen zu werden, zumal ja auch



sieht, was dies effektiv bringen kann und kostet. Nachdem wir diesen Vorstoss lancierten, sahen wir ja auch, dass viele Mitunterzeichnende anderer Parteien dabei sind und offenbar einsahen, welche Wirkung diese KulturLegi haben kann und Superangebot ist. Nun appelliere ich wirklich an die Kolleginnen und Kollegen, die diesen Vorstoss mitunterzeichneten, auch dazu zu stehen, bei dieser Meinung zu bleiben und somit diese Motion auch für erheblich zu erklären. Dazu ergänze ich noch, dass die SP/GL-Fraktion sich selbstverständlich einstimmig für die Erheblicherklärung ausspricht. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Vielen Dank. Somit hast Du Dich gleich auch im Namen Deiner Fraktion geäussert. Merci. So kommen wir sogleich auch noch zu den weiteren Fraktionen. Wer möchte sich äussern?

gIp/EVP-Fraktion, Janina Müller (EVP): Ich mache es kurz, erwähnte Saima doch bereits recht viel. Auch wir halten dies für ein sehr wichtiges Anliegen. Aus unserer Sicht kann hier mit ganz wenig Geld viel Lebensqualität geschaffen werden, sodass die Leute am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, die ansonsten eher am Rande stehen. Deshalb werden wir dies einstimmig gutheissen.

SVP-Fraktion, Martin Lerch (SVP): Die SVP-Fraktion prüfte diesen Vorstoss und sie schliesst sich einstimmig den Argumenten des Gemeinderates an und plädiert für «Nicht erheblich erklären», beziehungsweise für Abschreibung.

FDP/JII-Fraktion, Irene Ruckstuhl (FDP): Die FDP/JII-Fraktion findet die KulturLegi eine gute Sache. Mit einem relativ kleinen Betrag kann man wahrscheinlich ein paar Leute glücklich machen und zu einem niederschweligen Preis Kultur ermöglichen. Wir sehen aber auch, dass wir sparen müssen oder wollen und sich diese Ausgabe nicht im Budget befindet. Deshalb stimmen wir grossmehrheitlich dem Gemeinderat zu, dass dies in dieser Legislatur nicht hineingenommen wird. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank. So hörten wir alle Fraktionen. Wir kommen zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Gibt es da Wortmeldungen?

Nathalie Scheibli (SP): Die Einführung dieser KulturLegi würde hier jedes Parlamentsmitglied in etwa Fr. 150.00 kosten. Davon profitieren könnten Rentnerinnen und Rentner, die vielleicht mit ihrer AHV ohne Pensionskasse wenig Möglichkeiten haben am kulturellen, sportlichen Alltag teilzunehmen. Es könnte Kinder davon profitieren, die in Familien leben, die mit der Armut konfrontiert sind und den Gürtel in Zukunft wahrscheinlich noch enger schnallen müssen. Wir wissen alle, dass die Teuerung zunimmt und wir wissen alle, dass uns die Energie mehr kosten wird, was sich auf den Budgets der einzelnen Familien massiv niederschlagen wird. Bitte denken Sie an diese Leute, die nicht auf der Sonnenseite stehen, aber mit der Kultur können sie sich dort etwas ermöglichen, was ganz viel zu einem guten Wohlbefinden beiträgt. Merci für die Unterstützung.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Danke. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Ich sehe keine weitere Wortmeldung. Gibt es sonst weitere Wortbegehren? Möchte sich der Gemeinderat noch äussern? Auch nicht, gut so erkläre ich die Beratung für geschlossen und frage die Motionärin, ob sie nochmals ein Schlusswort halten möchte? Da dies ebenso wenig der Fall ist, können wir bereits zur ersten Abstimmung über die Qualifizierung der Motion schreiten. Wer die Motion wie der Gemeinderat als Motion mit Richtliniencharakter qualifizieren möchte, erhebt nun seine Stimmkarte. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? So kommen wir zur zweiten Abstimmung und zwar zur Frage der Erheblicherklärung. Wer diese Motion gemäss dem Antrag des Gemeinderates für nicht erheblich erklären möchte, soll dies nun bezeugen. Wer dafür ist, die Motion für erheblich zu erklären, zeigt dies jetzt an. Gibt es Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 19. September 2022

III Abstimmung:

- Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):
 - I. Die Motion Sägesser Saima Linnea (SP), Scheibli Nathalie (SP), Gerber Cornelia (SP) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2022: Wiedereinführung der KulturLegi wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.
- Der Stadtrat beschliesst mit 20 Stimmen Ja gegen 15 Stimmen Nein und 4 Enthaltungen:
 - II. 1. Motion Sägesser Saima Linnea (SP), Scheibli Nathalie (SP), Gerber Cornelia (SP) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2022: Wiedereinführung der KulturLegi wird erheblich erklärt.
 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



10. Mitteilungen des Gemeinderates

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): So konnten wir alle Beschlussgeschäfte durchberaten und folgt nun Traktandum Nr. 10 mit den Mitteilungen des Gemeinderates. Dazu erhielt ich zwei Mitteilungen angemeldet und als erstes übergebe ich gerne das Wort an Gemeinderat Michael Schär. Merci vielmals.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Die Mitteilung, die ich heute im Namen des Gemeinderates vornehme, war bereits für die letzte Sitzung angedacht und wurde dann aufgrund des Sitzungsabbruchs auch verschoben. Wie Sie alle wissen, steht uns diesen Winter ein grosses Risiko einer Energiemangellage bevor und wir wollten Ihnen eigentlich mitteilen, dass der Gemeinderat dies sehr ernst nimmt und bereits am 6. Juli 2022 einen Ausschuss bestehend aus Reto Müller, Markus Gfeller und mir sowie auch einer Vertretung der Verwaltungsleitung und der IBL¹ bestimmte, der sich nun Massnahmen überlegt, sei dies für die städtischen Gebäude oder sei dies auch für die Bevölkerung im Zusammenhang mit der Versorgung aller Dinge, die davon betroffen sind, was nicht nur die Energie tangiert. Wir stellen dabei auf die Vorgaben von Bund und Kanton ab und werden wie erwähnt die konkreten Massnahmen zu all diesen möglichen Szenarien, wie Sie sie auch schon in den Medien zu genüge zur Kenntnis nehmen konnten, erarbeiten.

Momentan befinden wir uns ja immer noch auf der Stufe 1, was der sogenannten normalen Lage entspricht, die aber bereits von ersten Sparappellen begleitet wird und ich hier natürlich auch noch einmal betonen möchte und Sie dazu aufrufe, sich dies zu Herzen zu nehmen und dabei mitzuhelfen. Obwohl wir uns momentan noch in einer normalen Lage befinden, ist es natürlich so, dass jede Kilowattstunde, die jetzt eingespart werden kann, uns im Winter 2024 helfen wird. Ich möchte hier auch sagen, dass vielleicht die noch grössere Herausforderung eben nicht der nächste Winter sein wird, sondern der übernächste Winter. Diesen Winter werden die Gasspeicher in Deutschland gut gefüllt sein und wir kaum gross Probleme haben werden, was ich nun mal zu sagen wage. Wie wir diese dann aber im nächsten Jahr werden füllen können, wird dannzumal die Herausforderung sein. Deshalb ist es eben wichtig, dass wir auch jetzt schon sparen. Zum Schluss gebe ich Ihnen noch gerne einen Tipp zum Heizen, den Sie vielleicht auch schon hörten. Mit jedem Grad, das man für die Raumheizung weniger einsetzt, spart man 5% bis 6% an Energie. So kann sich jeder selber überlegen, wie warm er es zu Hause haben möchte. Momentan sind Einschränkungen noch freiwillig, die weiteren Massnahmen werden wir dann ja von Bund und Kanton noch zu hören bekommen. Wenn Sie Fragen zu dieser ganzen Thematik haben, so dürfen Sie sich gerne auch bei mir melden und ich werde Ihnen sehr gerne sämtliche Fragen beantworten oder zumindest zu beantworten versuchen. Und ansonsten kläre ich es ab. Merci.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Merci vielmals. So kommen wir nun noch zur zweiten Mitteilung, die von Gemeinderätin Martina Moser vorgenommen wird.

Gemeinderätin Martina Moser (SP): Die Zeit ist zwar bereits recht fortgeschritten, aber ich habe dennoch ein paar Informationen zum Thema medizinische Grundversorgung. Im November 2021 wurde eine Interpellation zur Frage «Unterversorgung mit Hausärzt:innen und Kinderärzt:innen in Langenthal – wie weiter?» eingereicht. Die Beantwortung dieser Interpellation erfolgte dann drei Monate später am 21. Februar 2022 und wurde im Stadtrat zur Kenntnis genommen. Wir hielten dannzumal fest: «Der Gemeinderat weiss um die Bedeutung einer soliden hausärztlichen Versorgung und sie ist ihm deshalb wichtig. Damit allfällige Beiträge zur Verbesserung der aktuellen Situation geprüft werden können,



¹ IBL = IB Langenthal AG.



muss zuerst die vermutete Zuspitzung im Angebot der medizinischen Grundversorgung geprüft werden. Er nimmt deshalb die benannten Hinweise sehr ernst und will im ersten Semester 2022 eine Übersicht über das derzeitige Angebot und dessen Entwicklung gewinnen». Diese Analyse wurde unterdessen seitens des Sozialamts durchgeführt, was ich an dieser Stelle herzlich verdanken möchte. Dazu möchte ich die wichtigsten Erkenntnisse kurz darlegen.

Das Sozialamt hat im Laufe eines Jahres im Rahmen der Sozialhilfe und dem Kinder- und Erwachsenenschutz mit nahezu 10% der Bevölkerung in der Stadt Langenthal näheren Kontakt. Die betroffenen Menschen nehmen in ihrer Gesamtheit überdurchschnittlich viel medizinische Behandlung in Anspruch und sind oft in einem Hausarzt-Modell krankenversichert. Eine Kurzumfrage im Sozialamt in der ersten Dezemberhälfte 2021 ergab, dass es zwar ein bisschen Anstrengung braucht, um in einer Hausarzt-Praxis aufgenommen zu werden, aber dass es grundsätzlich möglich ist. Des Weiteren befragte das Sozialamt im Januar 2022 die Hausarztpraxen in Langenthal und der Subregion Oberaargau Ost über ihre Kapazitäten und Möglichkeiten zur Neuaufnahme. Ausserdem wurden Interviews mit der Präsidentin des ärztlichen Bezirksvereins Oberaargau und dem Chefarzt vom Notfallzentrum SRO durchgeführt.

Daraus ergaben sich die hier gezeigten Erkenntnisse. Im 2021 wurde auch auf kantonaler Ebene eine Untersuchung zum Thema der medizinischen Grundversorgung im Kanton Bern gemacht. Die Studie ergab eine Hausärzt:innen-Belegschaftsdichte von 0,75 Vollzeitstellen pro 1'000 Einwohner:innen. Es gibt keine international einheitliche Definition, welche Dichte an Personal in der Primärversorgung angemessen ist. Einige Studien behaupten, dass ein Hausarzt, eine Hausärztin auf 1'000 Einwohner:innen ausreichend ist. Andere argumentieren, dass jedes weitere Zehntel pro Einwohner:in die Sterblichkeitsrate senkt. Vergleiche mit anderen Ländern wie beispielsweise Kanada, die über ein gut funktionierendes Gesundheitssystem verfügen, zeigen, dass dort eine Dichte von 1,33 Hausärzt:innen pro 1'000 Einwohner:innen vorhanden ist.

Jedenfalls liegt die Dichte im Kanton Bern unter diesen Werten. Der Kanton Bern hat bereits jetzt einen Engpass und der Mangel wird voraussichtlich nur noch zunehmen. Dabei muss man aber zwischen den ländlichen Gebieten mit 0,6 Hausärzt:innen pro 1'000 Einwohner:innen, im Vergleich zu 1,4 Hausärzt:innen pro 1'000 Einwohner:innen für Stadtzentren und einem Mittel von einer Hausärztin, respektive einem Hausarzt pro 1'000 Einwohner:in für Zwischenbereiche unterscheiden. Es ist also ein regionales Thema. Wenn Sie nun die Zahlen für unsere Region

betrachten, so sehen Sie, dass der Oberaargau mit diesen 0,75 Vollzeitstellen auf 1'000 Einwohner:innen genau im Berner Kantonsdurchschnitt liegt. Die Subregion Oberaargau mit Langenthal liegt mit 0,69 leicht unter dem Berner Kantonsdurchschnitt. Die Subregion Ost ohne Langenthal liegt mit einem Wert von 0,49 hingegen deutlich unter dem Berner Kantonsdurchschnitt. Wenn wir dann einfach nur die Stadt Langenthal mit seinen 0,96 Vollzeitstellen pro 1'000 Einwohner:innen anschauen, liegen wir demgegenüber deutlich über dem kantonalen Durchschnitt. Diese Berechnungen zeigen, dass Langenthal auch in der medizinischen Grundversorgung eine Zentrumsfunktion innehat. Zudem ist anzunehmen, dass zahlreiche Langenthalerinnen und Langenthaler eine Hausärztin oder einen Hausarzt ausserhalb der Stadt konsultieren und umgekehrt aber auch Menschen aus der gesamten Region das Hausarztangebot in Langenthal.

Region	Vollzeitstellen Hausärztinnen/Hausärzte auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner
Kanton Bern	0.75 Stellen
Oberaargau	0.75 Stellen
Subregion Oberaargau Ost (mit Langenthal)	0.69 Stellen
Subregion Oberaargau Ost (ohne Langenthal)	0.49 Stellen
Stadt Langenthal	0.96 Stellen



Die Prognosen für das Jahr 2025 sagen voraus, dass es die Region Oberaargau allerdings hinter den kantonalen Durchschnitt zurückwirft.

Beim Blick in die Zukunft weist auch die Präsidentin des ärztlichen Bezirksverein Oberaargau darauf hin, dass nebst dem Wandel von der Einzel- zur Gruppenpraxis festzustellen ist, dass die medizinische Grundversorgung zunehmend durch Personal aus dem Ausland, von Fachkräften mit Teilzeitpensen und von Frauen geleistet wird. Diese Beobachtungen sind zentral, wenn für die Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten in Langenthal günstige Voraussetzungen geschaffen werden sollen. Als Negativpunkt für unseren Standort erachtet sie ausserdem die Tatsache, dass Langenthal der einzige Ort im Oberaargau ist, der den Praxen keine Selbstdispensation, das heisst keine direkte Medikamentenabgabe erlaubt ist.

Die Anspruchnahme einer medizinischen Behandlung in der Notfallstation des SRO¹ liefert ebenfalls einen wichtigen Hinweis darauf, wie es grundsätzlich um die medizinische Grundversorgung steht. Der Chefarzt des SRO-Notfallzentrums stellt seit der Coronakrise ein verändertes Verhalten der Patientinnen und Patienten fest, wonach sie viel häufiger und direkter die Notfallstation des SRO, das heisst oft ohne Absprache mit der Hausärztin oder dem Hausarzt, aufsuchen. Er beobachtet ausserdem, dass immer mehr Patient:innen über keine Hausärztin oder keinen Hausarzt verfügen. Vielfach liegt der Grund darin, dass sie sich gar nicht mehr darum kümmern, oder dass sie aus Gründen der Mobilität bewusst darauf verzichten.

Fasst man all diese Erkenntnisse zusammen, kann man unter Berücksichtigung der zuvor genannten Quellen und Ergebnissen Folgendes festhalten: Die Hausarztmedizin verändert sich zukünftig grundlegend. Das klassische Hausärzt:innen-Modell mit einem praktizierenden Arzt oder einer praktizierenden Ärztin verschwindet. Die medizinische Grundversorgung wird zunehmend in Gruppenpraxen und grösseren Organisationseinheiten angeboten werden. Ärztinnen und Ärzte folgen nicht mehr dem Prinzip der dauernden Erreichbarkeit, sondern wählen zunehmend auch Teilzeitarbeitsmodelle. Immer mehr Menschen haben keine Hausärztin oder keinen Hausarzt mehr, entweder weil sie eben bewusst darauf verzichten, oder weil sie sich gar nicht mehr darum kümmern. Medizinische Dienstleistungen werden zunehmend zentralisiert, was nebst der allgemeinen Notfallversorgung vor allem während der Coronakrise beim Testen und beim Impfen sichtbar wurde. Dazu kommt, dass den Gemeinden und somit auch der Stadt Langenthal die direkten Steuerungsmittel zur Förderung der medizinischen

stadtlangenthal

Medizinische Grundversorgung: Ausblick

- Aktuell liegt der Oberaargau mit 0.75 Vollzeitstellen genau im Berner Kantonsdurchschnitt.
- Die Prognose fürs 2025* (Einberechnung Pensionierungen) wirft den Oberaargau unter den kantonalen Durchschnitt.

Jahr	2020	2025
Kanton Bern	0.75 Stellen	0.56 Stellen
Oberaargau	0.75 Stellen	0.48 Stellen

* Primary Care Physician Workforce 2020 to 2025 – a cross-sectional study for the Canton of Bern vom 10. September 2021; Praxisöffnungen seither nicht berücksichtigt (z.B. Lichtloftpraxis)

stadtlangenthal

Medizinische Grundversorgung: sie verändert sich

- Medizinische Grundversorgung in Gruppenpraxen mit praktizierenden Ärztinnen und Ärzten in Teil- und Vollzeitpensen
- Menschen ohne Hausärztin oder Hausarzt:
 - bewusster Verzicht
 - fehlendes darum kümmern
- Medizinische Dienstleistungen zunehmend zentralisiert:
 - Notfallversorgung
 - Bsp: Corona mit Testen und Impfen

stadtlangenthal

Medizinische Grundversorgung: Fazit

- Steuerung der medizinischen Grundversorgung:
 - kantonale und nationale Behörden (vgl. kantonale Gesundheitsstrategie).
 - kommunale Behörden

Ansatzpunkte zum standortfördernden Einfluss:

- Stadtentwicklung
- Kurze Entscheidungswege bei Praxisgründungsabsichten
- Sicherstellen und Fördern eines gut ausgebauten Kinderbetreuungsangebotes
- allgemeine Förderung der Hausarztmedizin (z.B. über die Tätigkeit der Berner Stiftung zur Förderung der Hausarztmedizin)

¹ SRO = Spital Region Oberaargau.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 19. September 2022

Grundversorgung fehlen. Diese Steuerung findet auf kantonaler und nationaler Ebene statt. Auch wenn es zahlreiche Beispiele gibt, wie sich die Gemeinden direkt beim Erhalt oder bei der Förderung einer Hausärzt:innen-Praxis im Dorf, wie beispielsweise in Melchnau, engagieren, ist eine direkte finanzielle Beteiligung der Stadt zur Förderung einer medizinischen Grundversorgung in Langenthal weder nötig, noch angezeigt. Es empfiehlt sich allerdings sich im indirekten Einschussbereich standortfördernd zu verhalten. Mögliche Ansatzpunkte wären beispielsweise in der Stadt-entwicklung den Bedürfnissen von möglichen Praxisstandorten oder -räumen Rechnung zu tragen, oder den Entscheidungsprozess zügig zu bearbeiten, wenn sich Ärztinnen und Ärzte und Praxisgemeinschaften in Langenthal niederlassen wollen. Hilfreich wären ebenso das Sicherstellen und Fördern eines gut ausgebauten Kinderbetreuungsprogramms oder -angebots, aber auch Dinge wie die Unterstützung der Tätigkeit der Berner Stiftung zur Förderung der Hausarztmedizin, oder – was auch eine Möglichkeit ist und wir empfehlen, ein regelmässiger Austausch zwischen dem Sozialamt und dem ärztlichen Bezirksverein Oberaargau, um eben den Puls und die Entwicklung fortlaufend spüren zu können. Das waren meine Ausführungen zum Thema «Medizinische Grundversorgung». Merci vielmals für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Beatrice Lüthi (FDP): Besten Dank. Ich gehe davon aus, dass aus dem Gemeinderat keine weiteren Mitteilungen vorliegen. Besten Dank.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



11. A Eingereichte Motion der SVP-Fraktion und der FDP/JII-Fraktion vom 19. September 2022: Neue staatliche Aufgaben nur noch bei klaren Mehrheiten

Motionstext:

"Neue staatliche Aufgaben nur noch bei klaren Mehrheiten

Antrag: Der Gemeinderat wird beauftragt, zu Händen des Stadtrates eine Vorlage mit folgendem Inhalt auszuarbeiten. Die Anhandnahme einer neuen öffentlichen Aufgabe der Stadt Langenthal, sei es durch eine reglementarische Grundlage oder durch Beschluss, ist nur noch bei einem zu definierenden qualifizierten Mehr im Stadtrat möglich.

Begründung: Seit Jahren weist Langenthal ein strukturelles Defizit auf, dessen Auswirkungen nur aufgrund des nach wie vor bestehenden Eigenkapitals abgedeckt werden können. Allein im Budget 2022 ist für den allgemeinen Haushalt ein Aufwandüberschuss von Fr. 5'390'100.00 vorgesehen. Das politische Leben auf Kosten des Eigenkapitals kann allerdings kein Dauerzustand sein. Bereits hat der Gemeinderat angekündigt, die Steuern auf 1.44 erhöhen zu wollen.

In Zeiten angespannter finanzieller Verhältnisse muss sich die Stadt auf ihre Kernaufgaben und Kernkompetenzen fokussieren. Neue Aufgaben an die Hand zu nehmen, welche bislang die Zivilgesellschaft erfüllt hat, kann zwar im Einzelfall auch bei Defiziten in der Stadtrechnung sinnvoll sein. Hierfür soll aber eine klare politische Mehrheit im Parlament erforderlich sein, welche über die üblichen politischen Gräben hinausreicht.

Nimmt die Stadt Langenthal eine neue öffentliche Aufgabe an die Hand, sei es durch Reglement oder Beschluss, soll dies demnach nur noch mit einem qualifizierten Mehr im Stadtrat möglich sein (nebst den anderen bestehenden Voraussetzungen). Das bernische Gemeinderecht sieht diese Möglichkeit vor (Art. 12 Abs. 2 GV). Bisherige öffentliche Aufgaben sind davon unberührt, ebenso wenig sind Volksabstimmungen betroffen. Welches qualifizierte Mehr das richtige ist (z.B. ein Quorum von 21 zustimmenden ParlamentarierInnen oder von drei Fünftel aller Stadtratsmitglieder analog der Hürde zur Ausserkraftsetzung der Schuldenbremse im Kanton), soll nach Annahme der Motion im politischen Diskurs vertieft und geklärt werden."

SVP-Fraktion / FDP/JII-Fraktion
(Erstunterzeichnender: Patrick Freudiger)

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



11.B Eingereichte Interpellation Sägesser Saima Linnea (SP), Fankhauser Fabian (glp) vom 19. September 2022:
Pilotversuche für legale Abgabe von Cannabis

Interpellationstext:

"Pilotversuche für legale Abgabe von Cannabis

Anfrage: Seit 2001 darf im Kanton Bern im Rahmen von wissenschaftlich begleiteten Pilotversuchen legal THC-haltiges Cannabis an Konsument*innen abgegeben werden. Die Pilotversuche können bezifferten Aufschluss über den Konsum sowie gesundheitliche Messwerte liefern.

- Sind dem Gemeinderat Ideen, Bestrebungen für lokale Pilotversuche bekannt?
- Ist der Gemeinderat bestrebt solche zu unterstützen? (Ja/Nein bitte ausführen)
- Wie steht der Gemeinderat grundsätzlich zum Konsum von Cannabis mit mehr als 1% THC-Gehalt?
- Die Stadt könnte hier Innovationsgeist und Zukunftsorientierung beweisen und eigenhändig einen solchen Pilotversuch angehen und beim Bund einreichen. Wie steht der Gemeinderat dazu? Ist der Gemeinderat bestrebt selbst einen Pilotversuch zu initiieren? (Ja/Nein bitte ausführen)

Begründung: Die Städte Bern und Biel sind dabei Pilotversuche für die geregelte, legale Abgabe von Cannabis zu planen und/oder zu finanzieren. Und auch die Stadt Olten startet mit der lokalen Suchthilfe einen Pilotversuch. Im Rahmen des aktuellen Diskurses, finden wir es wichtig, dass sich auch Langenthal hierzu ernsthafte Gedanken macht und sich positioniert. Längst ist Cannabis-Konsum gesellschaftsfähig und kaum mehr unsichtbar. Die Pilotversuche könnten eine Basis für einen zukunftsfähigen, entkriminalisierten, risikoarmen Konsum legen, so auch in Langenthal."

Saima Linnea Sägesser
(Erstunterzeichnende)

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 19. September 2022

In eigener Sache

Stadtratspräsidentin Renate Beatrice Lüthi (FDP): Somit danke ich Ihnen herzlich für Ihre heutige Disziplin und Ihr konstruktives Mitmachen. Unsere nächste Stadtratssitzung steht für Montag, 31. Oktober 2022 und wir sind dann auch wieder hier in der Alten Mühle. Die Uhrzeit und die Traktanden folgen noch und es kann sein, dass wir erneut um 18.00 Uhr beginnen. Ich danke Ihnen allen herzlich und wünsche eine gute Restwoche und wir sehen uns Ende Oktober wieder. Somit schliesse ich die heutige Stadtratssitzung.